Christ und Sozialist

Ernesto Cardenal Barrikade

Erhard Griese Nican Arahuac

Miguel-Ernesto Vijil Icaza Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Udo Fleige Staat und Kirche in Nicaragua

Ludwig Metzger Standortbestimmung 1987

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

Inhaltsverzeichnis

| Ernesto Cardenal Barrikade | 1 |
|---|------|
| Editorial | 2 |
| Erhard Griese Nican Arahuac | 3 |
| Erhard Griese Augusto C. Sandino | .18 |
| Miguel-Ernesto Vijil Icaza Kein Frieden ohne Gerechtigkeit | . 31 |
| Udo Fleige Staat und Kirche in Nicaragua | |
| Das Pädagogische Institut José Marti in Matagalpa | .50 |
| Erika Solle Nachruf auf Johannes Harder | |
| Erhard Griese Religiöser Sozialismus und Bibel | .53 |
| Ludwig Metzger Standortbestimmung 1987 | .57 |
| Standor thes triminaris | |

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V.: Erhard Griese, Udo Fleige, Klaus Kreppel und Dorothee Schäfer.

Redaktion: Reinhard Gaede, Herford - Siegfried Katterle, Bielefeld - Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) - Annette Muhr-Nelson, Dortmund - Bruno Schmidt-Späing, Essen - Gunter Schwarze, Berlin.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17. Tel.: 0521/335454.

Versand: Udo Fleige, Schwärzlocher Str. 62, 7400 Tübingen.

Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzügl. Versandkosten. Zahlungen an den "Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.", Postgiro Dortmund 1893 89-464. Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

Ernesto Cardenal

BARRIKADE

Alle waren beteiligt.
Die Jungen, die fortgingen, ohne Abschied von der Mutter, weil sie nicht wissen sollte, daß sie gingen.
Der Mann, der zum letzten Mal sein Mädchen küßte.
Und das Mädchen, das sich aus der Umarmung löste,

um ein Gewehr zu umarmen. Der Junge, der seiner Großmutter einen Kuß gab, bei der er wohnte

und sagte, er käme gleich wieder und die Mütze nahm und nicht wiederkam.

Alle, die Jahre in den Bergen lebten, Jahre im Untergrund, in Städten, die gefährlicher waren als die Berge.

Alle, die Botschaften überbrachten auf den dunklen Wegen des Nordens,

oder Fahrer waren in Managua, Fahrer von Guerilleros in jeder Abenddämmerung.

Alle, die Versammlungen organisierten im Ausland mit Fahnen und Liedern

oder auf Teppichen standen im Vorzimmer irgendeines Präsidenten.

Alle, die Kasernen stürmten mit dem Schrei: Freies Vaterland oder Tod.

Der Junge, der Wache hielt an der Ecke einer befreiten Straße

ein rot-schwarzes Tuch vor dem Gesicht. Die Kinder, die Pflastersteine schleppten, die Steine aus den Straßen rissen

- der Straßenbau auch in den Händen Somozas - und Stein um Stein schleppten

für die Barrikaden des Volkes.

Die Frauen, die den Jungen auf den Barrikaden Kaffee brachten.

Alle, die wichtige Aufgaben hatten

und alle, die weniger wichtige Aufgaben hatten:
Alle waren beteiligt.

Alle häuften wir Stein um Stein auf die große Barrikade. Alle waren beteiligt. Das ganze Volk.

Ein ganzes Volk am gleichen Strang. Und so schafften wir es.

(Aus: E. Cardenal: Unser Land mit den Menschen, die wir lieben. Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages.)

"NICAN ARAHUAC" - HIER SIND MENSCHEN Die Geschichte Nicaraguas von Columbus bis Somoza

Ehe die Weißen kamen

Erhard Griese

Nicaraguas Geschichte beginnt nicht erst mit dem Tag im Jahre 1502, an dem Christoph Columbus im Dienst der spanischen Krone das Land betritt. Sie beginnt weit früher. (Wir müssen es uns abgewöhnen, die Weltgeschichte allein aus dem Blickwinkel Europas zu sehen, euro-zentrisch und egozentrisch von einer "Entdeckung Amerikas" zu sprechen.)

Die Anfänge der Geschichte der Landbrücke zwischen Nordund Südamerika liegen damit im Dunkeln - wie die Anfänge der Geschichte überall, in allen Teilen der Erde. Forscher haben herausgefunden, daß die Vorfahren der Indianer Amerikas ab etwa 15.000 v.Chr. in mehreren Wellen aus Asien über die Beringstraße hoch im Norden auf dem Kontinent einwanderten und sich verhältnismäßig rasch bis zur Südspitze hinunter ausbreiteten.

Was war vorher? Gab es schon einmal Menschen in diesem Erdteil? Wir wissen es nicht. Es scheint keine Anhaltspunkte dafür zu geben. Insofern ist Amerika, was die Menschheitsgeschichte betrifft, tatsächlich ein sehr junger Kontinent.

Seit 200-500 n.Chr. sind Ackerbauvölker in dem relativ dicht besiedelten, fruchtbaren Zentralamerika nachweisbar. Ihre Kulturen erreichen in dem darauffolgenden Jahrtausend einen beachtlich hohen Stand. Am bekanntesten sind die Azteken im heutigen Mexiko, die Maya-Völker auf der Halbinsel Yucatan, die ihre Herrschaft zeitweise weit nach Süden, bis ins heutige Nicaragua, ausgebreitet haben, und die von der Kaste der Inka regierten Ketchua-Völker in den Anden Südamerikas.

Aber auch Nicaragua hatte eine hochentwickelte Kultur von ähnlicher Art wie die der bekannter gewordenen Nachbarn. Um 800-1200 müssen die meisten der unzähligen monolithischen Steinskulpturen entstanden sein, von denen einige in einem Freilichtmuseum am Franziskanerkonvent in Granada untergebracht sind.

Zapatera, der Fundort dieser Steinskulpturen, muß die heilige Insel der Völker des alten Nicaragua gewesen sein, auf der sie ihre Toten bestatteten. Die Stein-

Für die vorliegende Ausgabe von CuS, die zugleich zum Evangelischen Kirchentag in Frankfurt vorliegt, haben wir den Schwerpunkt "Christen in der Revolution von Nicaragua" ausgewählt. Angeregt wurde das Thema durch die Tagung des Internationalen Bundes der Religiösen Sozialisten vom 8. - 10. Oktober 1986 in Managua (s. Bericht Erhard Grieses in CuS 4/86, S. 48 ff). Eingeladen hatten die nicaraguanischen "Cristianos en la Revolucion" - das Begrüßungsreferat hielt Miguel Ernesto Vigil Icaza, der Leiter des nicaraguanischen Vorbereitungskomitees (in diesem Heft veröffentlicht). Zwei Vertreter des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, die sich selbst längere oder kürzere Zeit im Lande aufgehalten haben und damit den Hauch der Authentizität für ihr Geschriebenes mitliefern, haben die Hauptartikel verfaßt: Erhard Griese und Udo Fleige. Erhard Griese, unser neuer Bundessprecher, war einer der Delegierten der Internationalen Tagung. Er hat die kurze Zeit in Nicaragua zu intensivster Erlebnisspeicherung und vor- bzw. nachbereitender literarischer Verarbeitung genutzt, um uns vor allem in die historischen Bezüge eines langen Unterdrückungs- und Befreiungsprozesses einzuweihen. Udo Fleige, als neuer Geschäftsführer ebenfalls Mitglied des Bundesvorstandes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, hat Nicaragua während eines fast einjährigen Aufenthaltes kennengelernt. Als Religionspädagoge interessieren ihn Antworten auf die brennende Frage, ob die Kirche Nicaraguas verfolgt werde. Es gibt deutliche Konflikte zwischen Hierarchie und Revolutionsregierung, die aufgehellt werden. Die Ambivalenz eines Kompromisses, u.a. für die Iglesia Popular, wird deutlich herausgestellt.

Mit diesem Heft wollen wir unsere Solidarität zu den nicaraguanischen "Christen in der Revolution" bekunden und damit gleichzeitig auf das Nicaragua-Projekt hinweisen, das wir zusammen mit den "Christen für den Sozialismus" in der BRD fördern wollen: Das Pädagogische Institut José Marti in Matagualpa, der Provinzhauptstadt der Nordregion, die am stärksten von den Contra-Kämpfern gefährdet ist (s. Brief des nicaraguanischen Erziehungsministeriums vom 3. März 1987 an die Kontaktfrau des Wuppertaler Informationsbüros in diesem Heft). Wir bitten herzlich und dringend um Spenden auf unser Bundeskonto (s. Impressum) mit dem Vermerk "Nicaragua-Solidarität".

Klaus Kreppel

skulpturen sind aus dunklem vulkanischen Gestein gehauen und stellen zumeist Doppelstatuen von Mensch und Tier dar, die als mythologisch-tiefenpsychologisches Symbol für das "alter ego" (das andere Ich) gedeutet werden.

Heute sind diese Zeugen der prähispanischen Kultur des nicaraguanischen Volkes bewußt einbezogen in den Prozeß der "Bewußtwerdung", des zentralen Aspekts einer Revolution im umfassenden Sinn, in der das Volk, wie die Hymne der sandinistischen Bewegung sagt, sich als "Eigentümer seiner Geschichte" versteht, sowohl der gegenwärtig verantwortlich gestalteten wie der längst vergangenen Geschichte der indianischen Vorfahren. Insofern gehört "Zapatera" zur Identität des "neuen Nicaragua" hinzu.

Es ist keineswegs Zufall, in welcher Phase seiner Geschichte Europa zur Eroberung Amerikas aufbrach. Daß Amerika "entdeckt" wurde und wie Europa mit dem "entdeckten" Kontinent umging, ist in jeder Hinsicht von der Geschichte des europäischen Hoch- und Spätmittelalters und der Renaissance bestimmt. Und andersherum gesehen: Es ist die Tragik des indianischen Teils der Erde vom ersten Auftauchen des "weißen Mannes" an, daß dieses Europa den Atlantik überquert. Diese Tragik hat einen Hauch von Zwangsläufigkeit an sich: Ein anderes Europa als das der spanischen und portugiesischen Conquistatoren und dann ihrer englischen und französischen Rivalen hätte gar nicht einen derartigen Entdeckungs- und Eroberungszug unternommen. Die technischen Möglichkeiten zur Überquerung des Atlantik waren längst vor Columbus gegeben. St. Brendan aus Irland und die Wikinger aus Norwegen bzw. Grönland waren schon Jahrhunderte zuvor auf der Nordroute an amerikanische Küsten gelangt. Aber erst die Spanier brachten die Energie auf, mit aller Kraft auf die Suche zu gehen und das gefundene "Indien" sich gewaltsam zu unterwerfen und auszubeuten.

Warum?

In zwei knappen Thesen ausgedrückt:

Die Eroberung Lateinamerikas (die Conquista) ist

- (1) sozialgeschichtlich bedingt und bestimmt durch die im Hochmittelalter einsetzende Dominanz der Geld- (gegenüber der Natural-) Wirtschaft, kurz gesagt: den Beginn des <u>Kapitalismus</u>, und zugleich und damit verknüpft
- (2) ideologiegeschichtlich geprägt durch den Geist der

"Reconquista", der großangelegten, von einer "christlichen" Ideologie initiierten Rückeroberungsbewegung gegen den bis dahin auf der iberischen Halbinsel herrschenden Islam. Der verlängerte Stoß dieser triumphalen und blutigen Eroberungs- und Siegeswelle "trägt" die spanischen Soldaten noch durch den indianischen Kontinent.

Die Conquista - Las Casas und Valdivieso

1502 betritt Columbus den Boden des heutigen Nicaragua. Der Name des Landes soll sich von dem Ruf ableiten, mit dem die Ureinwohner den ersten Spaniern antworteten, ein Ruf, der die unvorstellbare kommende Tragödie vorherzuahnen scheint: "Nican arahuac" heißt Hier sind Menschen.

"Hier sind Menschen" - die Geschichte der Conquista zeigt, daß dieses Wort nicht gehört und nicht respektiert wurde. Es steht wie ein vergeblicher, verwehender Schrei über der Geschichte Nicaraguas in den folgenden Jahrhunderten bis zu unserer Generation.

Wie überall sonst in Lateinamerika beginnt mit der Landung der Spanier auch in Nicaragua für die indianische Urbevölkerung ein unfaßbarer, grausiger Leidensweg. Zwangsarbeit, Kerkerhaft und die Verschiffung zu den Silberminen von Peru und Bolivien haben die Indianer in kurzer Zeit in manchen Teilen der "neuen Welt" ganz, in Nicaragua zum größten Teil ausgerottet.

Bartolomé de Las Casas (Dominikaner, 1474-1566) ist der zuverlässige Zeuge der Greueltaten und des Völkermordes. Er setzt sich bei Kaiser Karl V. (1500-1558; Kaiser 1519-56) für die Indianer ein. In seinem Bericht von 1552 schreibt er: "Im gesamten Nicaragua dürften heute 4000 bis 5000 Ureinwohner leben. Früher war es eine der am dichtesten bevölkerten Provinzen der Welt."

Der Rest der-Urbevölkerung vermischt sich mit der spanischen Unterschicht der Knechte und Söldner. Aus den Offizieren und Großgrundbesitzern entsteht die spanisch-stämmige Oligarchie. Heute haben ca. 85% der Nicaraguaner zu drei Vierteln indianische Vorfahren, deren Vermischung mit den Weißen schon Jahrhunderte zurückliegt. Daneben gibt es "Ladinos" (rein europäischer Herkunft), in der Provinz Zelaya einige wenige reine Indios und an der Karibikküste Schwarze sowie eine Mischbevölkerung aus Indios und ehemaligen schwarzen Sklaven ("Zambos").

Las Casas ringt Karl V. 1542 "Schutzgesetze" für die In-

dianer ab. Dazu gehören Arbeitsschutzbestimmungen, die Ernennung der Indianer zu Untertanen der Krone (womit das willkürliche Töten nicht mehr erlaubt ist) und die Einrichtung von "reducciones" (Schutzgebieten). Die Wirkung hält jedoch nur kurz an. Heftige Proteste der Siedler machen die Anwendung der Gesetze unmöglich oder führen wieder zu deren Aufhebung. Las Casas empfiehlt die (schon seit 1510 auf den Karibikinseln begonnene) "Einfuhr" von afrikanischen Sklaven, da die Indianer extrem ungeeignet seien für die von ihnen erwartete harte Arbeit. So richtig diese Begründung ist, so verlagert sie doch das Elend nur auf die Menschen schwarzer Hautfarbe, ohne das Los der Indianer wirklich durchgreifend bessern zu können.

Neben Las Casas ragt der Name Antonio Valdivieso vor allem für Nicaragua aus diesem ersten Jahrhundert europäischer Eroberung heraus.

1524 wurden die beiden ältesten Städte Nicaraguas, Granada und León gegründet.

Kaiser Karl V. schickt 1544 einen Mann aus dem Freundeskreis von Las Casas als Bischof in die Stadt León: den Dominikaner Antonio Valdivieso. Der neue Bischof von Nicaragua ergreift sogleich eindeutig Partei für die rechtlosen Indianer und damit gegen die herrschenden Landbesitzer. Sechs Jahre kann er sich halten, bis er 1550 im Auftrage ermordet wird.

1986 schreibt <u>el tayacan</u>, das Sonntagsblatt der "Christen in der Revolution", über ihn: "Aus dem Blute seines Martyriums wird die Kirche der Armen in Nicaragua geboren."

Der Unabhängigkeitskampf gegen Spanien

Die Strukturmaßnahmen der Kolonisatoren wirken sich bis heute auf die Wirtschaft Zentralamerikas aus. Die spanische Krone verbietet im Anschluß an ihre Eroberungen den direkten Handel der entstehenden Vizekönigreiche und Generalkapitanate der "neuen Welt" untereinander und macht sie so gezielt von der Einfuhr von Fertigprodukten aus Spanien abhängig, während sie gleichzeitig die Ausbeutung der Rohstoffe und Bodenschätze monopolisiert.

Dieses Grundgesetz von Kapitalismus und Kolonialismus blockiert die wirtschaftliche Entwicklung und den Binnenwarenverkehr bis heute. Es war Voraussetzung für die Verelendung der Menschen durch monokulturelle Bodennutzung im Interesse der Reichen. (D.h. statt der notwendigen Grundnahrungsmittel für den Eigenbedarf des Volkes werden für den Weltmarkt Bananen, Kaffee, Kakao, Fleisch oder – in neuerer Zeit – Sojabohnen als Viehfutter produziert.)

Peones und Campesinos - das sind die "Berufe" des einfachen Volkes. Der Peón ist ein Farmknecht, der auf der Plantage (Granja, Finca) des Großgrundbesitzers lebt und arbeitet. Campesinos und Campesinas sind Männer und Frauen, die ein kleines Stück Pachtland von einem Großgrundbesitzer bekommen haben und dafür mit Naturalabgaben und Dienstleistungen bezahlen. Oft gehören ganze Dörfer zu einer Großplantage, deren Besitzer in der Stadt lebt, während Verwalter seine Latifundien regieren. Im Kriegsfall sind Peones und Campesinos die Soldaten ihres Grundherrn, der zum General oder Coronel (Oberst) wird.

Bis zur Revolution 1979 ist der größte Teil des Volkes von den einfachsten Bildungsmöglichkeiten (Lesen, Schreiben) ausgeschlossen.

Trotzdem gibt es immer wieder Aufruhr. Die Aufstände 1725 in León und 1777 in Boaco gehen von der indianischen Landbevölkerung gegen die herrschende spanische Oberschicht aus.

In der dichtbesiedelten Pazifikregion beginnt 1811/12 ein Volksaufstand gegen den spanischen Statthalter. Damit greift auch Nicaragua ein in die Volkserhebungen in vielen Teilen Lateinamerikas, an deren Spitze Simon Bolivar steht.

In seiner berühmten "Charta von Jamaica" vom 6. September 1815 spricht Simon Bolivar von den Ländern "zwischen dem Isthmus von Panama und Guatemala" als der Region, durch die eine Meeresverbindung Atlantik-Pazifik verlaufen könnte. "Diese hervorragende Lage zwischen den beiden großen Ozeanen könnte mit der Zeit zum Umschlagplatz des Welthandels werden. Ihre Kanäle verkürzen die Entfernungen auf dem Erdball; sie binden die Wirtschaft Europas, Asiens und Amerikas enger zusammen und bringen die Tribute der vier Teile des Globus dieser glücklichen Region."

Die Kanalfrage wird tatsächlich im folgenden Jahrhundert zu einem Schicksalsfaktor für Nicaragua, allerdings nicht in den eigenen Händen, sondern in denen fremder, beutegieriger Mächte.

1821 ruft das bisherige Vizekönigreich Guatemala, zu dem

Nicaragua gehört, seine Unabhängigkeit von der spanischen Krone aus. Nach kurzer Dauer eines Staatenbundes bilden die einstigen Teilkolonien eigene Staatswesen. Sie werden regiert von einer dünnen Oberschicht europäisch gebildeter Reicher, die sich einem Liberalismus im Sinne der französischen Revolution selbst zwar zugehörig fühlen, ihren "Humanismus" aber nicht auf die Situation des Volkes beziehen und trotz einiger freimaurerischer Einflüsse eng mit der katholischen Kirche kooperieren. Immerhin wird 1824 die Sklaverei abgeschafft (ein Jahrzehnt vor England, vier Jahrzehnte vor den USA!).

In Nicaragua sind es die führenden Familien der beiden Städte León und Granada, die um das Recht konkurrieren, die Ersten im Lande zu sein und die Regierung in den Händen zu halten.

Die Monroe-Doktrin

Die Geschichte des "selbständigen" Staates Nicaragua war bis zur Revolution von 1979 zu keinem Zeitpunkt von den Menschen des Landes selbst bestimmbar. Nicaragua war das Objekt von außerhalb des Landes beheimateten Interessen. Sein Schicksal wurde bestimmt von

- 1. der Monroe-Doktrin,
- 2. dem Seeweg nach Kalifornien,
- 3. den Kanalplänen und
- 4. United Fruit und anderen nordamerikanischen Agraroder Montan-Konzernen.

Der US-Präsident James Monroe verkündet 1823, kurz nach den Unabhängigkeitserklärungen der jungen lateinamerikanischen Staaten, die Doktrin "Amerika den Amerikanern".

Offiziell ist die Monroe-Doktrin gegen die Einmischung europäischer Staaten in Angelegenheiten des Doppelkontinents gerichtet. Sie wird jedoch vor allem zum Instrument der Begründung der Hegemonie der USA, der wirtschaftlichen Abhängigkeit und Ausbeutung besonders Zentralamerikas, zum Anlaß für einen Krieg mit Spanien (1898) und immer wieder zum Vorwand für militärische Eingriffe der Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Ländern Zentralamerikas.

Später bekämpft Augusto C. Sandino die Heuchelei dieser Doktrin besonders heftig und setzt (1928) dagegen:
"Die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Yankees.
Lateinamerika den Lateinamerikanern. Wenn man diese Sätze als Losung nimmt, und so sollte es sein, dann können die Yankees nur als Gäste in unser Lateinamerika kommen. Nie-

mals aber als Herren und Gebieter, wie sie es sich heute anmaßen."

Die Karibikküste

Die Ostküste Nicaraguas, die heutige Provinz Zelaya, hat über Jahrhunderte eine eigene Geschichte, obwohl sie seit der spanischen Kolonialisierung zu Nicaragua (Granada) gezählt wurde.

1601: Nach dem holländischen Freibeuter Bleeveldt trägt die Piratensiedlung an der Karibikküste, später britisch kontrollierte Hafenstadt, den Namen <u>Bluefields</u>. Sie ist heute die bedeutendste Stadt der nicaraguanischen Atlantikküste.

1687: Der erste "König" der Misquitos, des größten Indianerstammes der Region, wird auf Jamaica vom britischen Gouverneuer gekrönt. Die anderen, kleineren Eingeborenenstämme (Sumo, Rama) werden den Misquitokönigen tributpflichtig.

In der Folgezeit flüchten schwarze Sklaven aus Jamaica an die Misquitoküste. Ihre Nachkommen vermischen sich zu einem Teil mit den Indios.

1740 läßt die britische Krone ihre Fahne in Bluefields hissen.

1743 erklärt England "Mosquitia" zum britischen Protektorat.

1847 kommen die ersten Missionare der Herrnhuter Brüdergemeinde ("Moravian Church") an die Karibikküste. Sie missionieren im kommenden halben Jahrhundert den größten Teil der Bewohner. Die englisch- und misquitosprachige Moravian Church wird zur Volkskirche der Karibikküste.

1860 vereinbart England im Vertrag von Managua die Rückkehr der Karibikregion zu Nicaragua, bei teilweiser innerer Autonomie der Provinz.

1894 wird die Karibikregion unter Präsident Zelaya endgültig wieder Nicaragua eingegliedert. Steuerprivilegien und vererbbare Ämter der Stammesführer sowie Formen des Gemeinschaftseigentums der Misquitodörfer bleiben erhalten. Ebenfalls halten sich Englisch und Mesquito als Umgangsprachen. Bis heute gibt es keine durchgehende, zu jeder Jahreszeit befahrbare Straße zur Ostküste. Die "Entfernung" vom übrigen Nicaragua und die Tatsache, daß der Kampf gegen Somoza von den rein spanischsprachigen Westregionen ausging, führte nach der Revolution von 1979 zu speziellen Problemen. Die Sandinisten machten in ihrem Bestreben, revolutionäre Veränderungen einzuleiten und die Karibikregion wirtschaftlich, kulturell und politisch enger mit dem übrigen Nicaragua zu verbinden, eine Reihe von gravierenden Fehlern. Sie versuchten, bei der Alphabetisierung die spanische Sprache durchzusetzen, nahmen keine Rücksicht auf gewachsene Stammestraditionen und Führerprivilegien. Die Besonderheiten der historischen Situation der Ostküste und der Umgang mit ethnischen Minderheiten waren ihnen weithin unbekannt. Heute wird längst offen zugegeben, daß die Regierung einem ethnozentrischen Verhalten gegenüber den indianischen Minderheiten im eigenen Land verfallen war. Das ist auch nicht damit zu entschuldigen, daß es fragwürdige politische Fakten gab wie die Herrschaft der Misquitos über die kleineren Nachbarstämme, und daß es bei den Auseinandersetzungen von beiden Seiten Übergriffe und Grausamkeiten gab.

Die Sandinisten mußten bitteres Lehrgeld zahlen. Die Contras und - als ihr Antreiber und Geldgeber - die Reagan-Regierung nutzten diese Fehler in den Jahren 1981-83 aus, indem sie Mesquito-Organisationen (MISURATA und MISURA) in den antisandinistischen Kampf einbezogen und Mesquitogruppen zur "Flucht" nach Honduras überredeten (wo Angehörige der gleichen indianischen Sprachgruppe leben). 1984 leitete die Regierung in Managua nach gründlicher Information und Selbstbesinnung die Arbeit einer Kommission für die Rechte der ethnischen Minderheiten ein, aus der das Projekt einer Autonomie der Ostregion hervorging. In großen Diskussionsveranstaltungen stellten sich Regierungsvertreter den Problemen und Beschwerden. Mit der zunehmenden Realisierung des Autonomiestatus änderte sich die Lage. Die Aussichten, aus den Spannungen Kapital gegen die sandinistische Revolution zu schlagen, sind 1985/86 geschwunden. Die Initiative ist auf den Dialog zwischen Sandinisten und Vertretern der ethnischen Gruppen übergegangen. Auch die von den USA ausgehende Gründung einer neuen antisandinistischen Organisation (KISAN) im Mai 1985 wurde ein Fehlschlag, da die Mehrheit inzwischen zu einer "KISAN für den Frieden" benannten Gruppe übergelaufen ist, die für Dialog und Autonomie im Rahmen des neuen Nicaragua eintritt.

Der Kalifornien-Transit

Im Jahre 1848 wird in Kalifornien Gold entdeckt. Der große Run nach dem begehrten Edelmetall beginnt. Hunderte und Tausende ziehen aus den Oststaaten der USA westwärts durch Prärien und Felsengebirge, durch Wüste und Indianerland. Um die Strapazen und Gefahren des Landweges zu vermeiden, sucht man nach anderen Reiserouten. Ganz an der Südspitze des Kontinents um Kap Hoorn herum das ist ein weiter Weg. Manches Schiff, vor allem mit größeren Materiallasten, wählt notgedrungen diese Route. Aber für die Goldsucher gibt es noch einen anderen Weg: durch Nicaragua hindurch.

Die Reiseroute nach Kalifornien und das Interesse der Großmächte an einem Kanalbau waren auf lange Zeit hin die dominierenden Faktoren für das Schicksal des Landes.

Innenpolitisch war Nicaragua über weite Strecken des 19. und dann des 20. Jahrhunderts beherrscht von der Rivalität zweier Cliquen von Familien der Oligarchie, die sich "Konservative" und "Liberale" nannten.

Beide Cliquen hatten je ihre "Gesinnungsgenossen" in den Nachbarländern, mit denen sie sich gelegentlich zu Scharmützeln gegen die eigenen Landsleute verbanden. Die Namensgebung "konservativ" und "liberal" darf aber nur sehr bedingt dazu führen, sie mit den entsprechenden heutigen Parteien in Europa gleichzustellen.

In der Tendenz läßt sich sagen: Die Konservativen sind eher ländlich, treiben extensive Wirtschaft auf ihren Latifundien (Viehzucht) und sind eng mit der katholischen Hierarchie verbunden. Die Liberalen bevorzugen León als Hauptstadt (gegen das konservative Granada), sind eher städtisch, berufen sich auf die französische Revolution und entwickeln immer deutlicher eine antiklerikale Haltung. Ihr Interesse gilt zunehmend den Chancen des Weltmarktes; sie steuern auf eine exportorientierte Landwirtschaft mit gewinnbringenden Monokulturen zu, für die sich vor allem der intensive Kaffeeanbau als profitbringend erweist, - solange der Weltmarktpreis nicht zusammenbricht.

1851 beschließt der konservative Regierungschef Laureano Pineda, die Rivalität der beiden alten Städte León und Granada auszuschalten und Managua zur Hauptstadt zu machen. Nach einigem Hin und Her mit gegnerisch gesinnten "liberalen" Generälen bleibt es dabei, und das einstige Dorf am Südufer des Managuasees wird zu einer Hauptstadt, deren Gesicht sich deutlich von den romantischen Barockbauten Leóns und Granadas unterscheidet.

William Walker Filibustero

Das nächste Kapitel wird von einem Mann beherrscht, dessen Name einem heute an vielen Häusern und Straßenecken Granadas auf Tafeln begegnet und so an die Schrecken erinnert, die er verbreitet hat: William Walker.

Am Tag seiner Machtergreifung 1855 erläßt er vier Anordnungen:

- 1. Er verpfändet das eben unterworfene Land gegen ein großartiges Darlehen an US-Banken, die ihm bereits in Vorschau auf den erwarteten Landraub Kredite für seine Kriegsausrüstung gewährt hatten.
- 2. Er konfisziert den Grundbesitz konservativer Familien, um ihn an Landsleute aus den USA zu veräußern.
- 3. Er führt Englisch ab sofort als Amts- und Landessprache ein.
- 4. Die Sklaverei wird wieder eingeführt und für rechtens erklärt. Walker will die US-Südstaaten mit Sklaven beliefern.

Sogar die Vanderbilt Company wurde konfisziert. Zwei ehemalige Mitarbeiter Vanderbilts namens Cornelius Garrison und Charles Morgan, die sich rechtzeitig auf Walkers Seite geschlagen hatten, bekamen im Februar 1856 die neue Konzession.

Nicaragua allein genügte William Walker nicht. Nach dem Motto "Five or none" zeigte er sein aggressives Interesse auch gegenüber den vier Nachbarstaaten Honduras, Guatemala, El Salvador und Costa Rica. Damit aber trieb ihn seine Habgier zu weit. Eine Anti-Walker-Koalition entstand aus den genannten vier Staaten – und fand ausreichende Financiers, nämlich England und Cornelius Vanderbilt.

Walkers Tage der Macht waren gezählt. Bei Rivas erlitt er im April 1857 eine empfindliche militärische Niederlage. Die Stadt gilt seitdem als Ort des ersten Kampfes um die Freiheit Nicaraguas.

Der Bürgerkrieg in den USA (1861-65) und Englands Kolonialkriege in Afrika lassen nun Nicaragua eine gewisse Zeit außenpolitischer Ruhe. Die ersten Eisenbahnen werden

Die Fruit Companies

In diesen Jahrzehnten, als das direkte Interesse der ausländischen Regierungen anderweitig gebunden ist, schlägt die Stunde der mächtigen, großen "Fruit Companies". Die erste war "Standard Fruit & Steamship Company", deren Name schon auf die geschäftstüchtige Allianz von Produktion und Zirkulation hinweist. Die berüchtigste unter ihnen wird die United Fruit Co., die allmählich in ganz Lateinamerika "El Pulpo" (Oktopus, der achtarmige Krake) genannt wird.

Ab 1882 errichtet das Bananenimperium von United Fruit an den Küsten der Karibik quasi eigene Staatswesen. Der Weg ist dabei folgender:

Von See her wird eine Flußmündung, in der ein Hafen angelegt werden kann, samt dem Hinterland in Besitz genommen. Das geschieht durch fragwürdige Kaufpraktiken oder Überredungskünste gegenüber den Dorfoberen oder Stammesführern, denen entsprechende Privilegien und Anteile versprochen werden. Notfalls wird auch mit Gewalt vorgegangen, vor allem gegenüber eventuellen Opponenten. Diese sind meist in der Minderheit, da die Bestechung der Einheimischen mit scheinbar wertvollen Zivilisationsprodukten meist glückt.

Im zweiten Schritt wird dann die bisherige Subsistenzwirtschaft durch den geplanten Mono-Anbau von Bananen ersetzt. (Subsistenzwirtschaft bedeutet: die Landbevölkerung baut an bzw. erntet in der Natur das, was sie eben zum Lebenserhalt braucht, ohne davon exportieren oder Gewinne machen zu können. Da diese Wirtschaftsform nicht profitorientiert ist, beruht sie nicht auf als anstrengend empfundener "Arbeit".) Die einheimische Bevölkerung wird zur Arbeit in den Plantagen anfänglich geworben, mit der Zeit aber praktisch gezwungen, da sie anders nicht am Leben bleiben kann.

Dazu kommt schließlich die Entwicklung eines von der Company monopolisiert betriebenen Imports von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern. Statt selbst das Notwendige anzubauen und zu produzieren – und statt es aus anderen, nahen Teilen des Landes im Binnenwarenverkehr zu angemessenem Preis beziehen zu können, sind die Menschen an den Einkauf beim "Arbeitgeber" gebunden: die vollendete Form kapitalistischer Versklavung.

United Fruit und ähnliche Companies gehen zum Teil noch einen Schritt weiter und führen in ihren Territorien eigene Polizei und eigene Gerichtsbarkeit ein.

In Guatemala hatte 1954 die demokratische Regierung Arbenz einen Teil der riesigen Ländereien von United Fruit enteignet, um landlose Campesinos zu versorgen. Daraufhin wurde sie durch Söldnertruppen und us-amerikanische Bomber vom Typ P-47 gestürzt. Die Bomber waren von der US-Regierung für einen Dollar das Stück an die United Fruit Co. verkauft worden und starteten von Nicaragua aus.

United Fruit heißt inzwischen United Brands, beherrscht aber außerhalb von Cuba und Nicaragua immer noch die Bananenproduktion in Zentralamerika.

Tastende Schritte zur Souveränität: José Santos Zelaya (1893-1909)

Etwa dreißig Jahre hatten die Konservativen in Nicaragua regiert, als 1893 mit José Santos Zelaya ein Vertreter der "liberalen", sich fortschrittlich verstehenden Kaffeepflanzerfamilien Präsident wurde. Sein Ehrgeiz ging auf einen zentralamerikanischen Staatenbund, führte aber nur zu wiederholten Kriegszügen zwischen "liberalen" und "konservativen" Truppen im eigenen Land wie in den Nachbarländern.

Zelaya gelang es aber, am Ruder zu bleiben und Reformen durchzuführen, die im Sinne der Liberalen waren. Er stellte die erste reguläre Armee des Landes auf, gründete eine Militärakademie und baute Eisenbahnen und staatliche Schulen. Vor allem setzte er einen tiefen Schnitt, indem er den ausgedehnten Grundbesitz der katholischen Kirche enteignete und ihr das Monopol im Schulwesen entzog.

In der Epoche Zelayas schien ein Hauch von Fortschrittlichkeit durch das Land zu wehen. Der Kaffee-Export versprach zumindest den reichen Familien auf lange Zeit hin Gewinne auf dem Weltmarkt und damit eine Finanzierung der liberalen Reformen. Aber das war nur die eine Seite der Medaille. Zelaya war trotz seines "liberalen" Gewandes kein wirklicher Demokrat. Er bereicherte sich an Geldanleihen und Besitzübertragungen, begünstigte seine Freunde und zwang konservative Konkurrenten ins Exil oder Gefängnis. Kurz: Auch er betrieb das Regieren wie ein privates Geschäft im kapitalistischen Verdrängungswettbewerb.

Zelaya war aber auch wieder auf Unabhängigkeit gegenüber den USA bedacht. Es waren Jahre, in denen sich mancherorts in Zentralamerika Freiheitsbestrebungen meldeten. (1895 ist in Cuba ein Aufstand unter Führung von José Marti gegen die spanische Herrschaft. Der nicaraguanische Dichter Rubén Dario, der heute als größter Lyriker Lateinamerikas gilt, prangert in seinen Werken den Imperialismus der USA an.)

Die USA jedoch beanspruchen stärker als je ihr Interventionsrecht aufgrund der Monroe-Doktrin. (1898 erobern sie mit dem legendären "Teddy" Roosevelt an der Spitze seiner "Rough Riders" das bis dahin noch spanische Cuba. Ebenso werden die Philippinen den Spaniern entrissen.) Die Kanalfrage hält das US-Interesse an Zentralamerika wach. Als Franzosen einen Bauplan für einen Kanal durch den zu Kolumbien gehörenden Isthmus von Panama vorlegen, handeln die USA rasch. Nachdem der kolumbianische Kongreß kein Land abtreten will, bringt Th. Th. Roosevelt, inzwischen Präsident, 1903 einen kleinen Aufstand in der Panama-Provinz zuwege, die sich unabhängig erklärt, von den USA als neuer Staat willkommen geheißen wird und im Gegenzug sogleich das notwendige Land für die Kanalzone abtritt, die bis heute US-Hoheitsgebiet ist. (Der Kanal wird erst 1914 fertig.)

Damit war aber nicht etwa das Interesse an der Beherrschung des Weges durch Nicaragua erloschen, obwohl der Transit seit der Eröffnung einer Eisenbahn durch den Isthmus von Panama sich dorthin verlagert hatte.

"Speak softly and carry a big stick" (Sanftmütig reden, aber einen Knüppel in der Hand halten). So beschrieb Th. Th. Roosevelt seine Zentralamerika-Diplomatie. In der Dominikanischen Republik konnte er sie 1905 anwenden: Die USA übernahmen gegen Kredite die Zoll- und Steuereinnahmen; später erprobten sie erfolgreich das Rezept, nach Einmarsch der US-Marinetruppen eine "einheimische", aber von den US-Militärs trainierte "Nationalgarde" zu installieren, deren Chef Rafael Leónides Trujillo alsbald und für 30 Jahre Diktator wurde. Was hier durchgespielt

wurde, verschaffte in genau derselben Prozedur 1934/36 Anastasio Somoza den Präsidentensessel in Managua und die dazugehörige Guardia Nacional.

Als auf US-Beschluß hin José Santos Zelayas Tage zu Ende gingen, hieß der US-Präsident inzwischen William Howard Taft. Im Oktober 1909 fand sich der geeignete Mann gegen Zelaya in der Person des Militärkommandanten der Karibikküste, Juan J. Estrada. Auch hier wird ein Coup durchexerziert, der bis heute zu den von den USA immer wieder angedrohten oder vollzogenen Schachzügen gehört: Ein Streifen Land wird unter einer Gegenregierung als "souverän" anerkannt, die US-Marine wird von ihr "zu Hilfe" gerufen - und die Aggression scheint rechtens.

Die Besatzungszeit: US-Marines und Vaterlandsverkäufer

Estradas Putsch wird auf diese Weise "legal". Der USDiplomat Thomas Dawson, der gerade die Dominikanische
Republik nach US-Geschmack "neuorganisiert" hat, wird
nun Spezialagent für Nicaragua und stellt in Managua eine
Koalition von Zelaya-Gegnern zusammen. Hinter den Vertretern konservativer Familien taucht der Name Adolfo Diaz auf.
Zunächst Vizepräsident, wird der junge ehemalige Buchhalter der La Luz y Los Angeles Mining Co., einer nordamerikanischen Bergwerksgesellschaft in Nicaragua, der
entscheidende Strohmann in US-Diensten.

1911 wird Adolfo Diaz dann auch Präsident. Das dominikanische Exempel wiederholt sich in Nicaragua: Im Gegenzug zu Millionenkrediten der US-Banken erhält Washington die direkte Kontrolle der Zolleinnahmen. Auch das Eisenbahnenund Bankwesen kommt unter US-Herrschaft. Mit Adolfo Diaz beginnt die Periode unverhüllter Zerstörung nicaraguanischer Souveränität. Die entsprechenden Verträge werden nach dem Unterhändler "Dawson-Verträge" genannt.

In Nicaragua-gibt es Widerstände. Kriegsminister Mena setzt sich gegen die Ernennung eines US-Amerikaners, des ehemaligen Mitglieds der "Rauhreiter" Ted Roosevelts, Greg Scull, zum Polizei-Inspektor der Hauptstadt durch. Aber als Mena selbst Präsident werden will, erkennen die USA seine Wahl durch die Volksversammlung nicht an. Nach ihm versuchen die Liberalen, wieder an die Macht zu kommen. Aber damit provozieren sie die direkte US-Intervention, die von 1912 bis August 1925 und dann, nach kurzer Unterbrechung, wiederum von Mai 1926 bis zu Somozas Guardia Nacional 1933 Nicaragua zu einem von den US-Marine-

truppen besetzten Land macht.

Die Präsidentschaft des "Konservativen" Adolfo Diaz wird damit von den USA gesichert. Da die Verfassung Nicaraguas nach jeweils vier Jahren eine Neubesetzung des Präsidentensessels vorsieht, folgte auf Diaz der General Emiliano Chamorro, ein konservativer Caudillo, der als Botschafter seines Landes in den USA 1914 im "Bryan-Chamorro-Vertrag" die Kanalrechte samt einigen Inseln und Flottenstützpunkten für 3 Millionen Dollar verkauft hatte. (Wo das Geld geblieben ist, scheint ungeklärt zu sein.) Chamorro und Diaz sind die Leute, die Sandino "vendepatrias" (Vaterlandsverkäufer) nennt.

Für die USA waren die zentralamerikanischen Republiken, voran Nicaragua, das in Atlanten geradezu als "Protektorat" zu den Vereinigten Staaten gezählt wird, als "Bananenrepubliken" unentbehrlich für ihren gedeckten Tisch. Nicaragua wurde in der New Yorker Presse auch die "Brown Brothers' Republic" genannt, weil das Bankhaus Brown Brothers & Seligman durch seine Kredite faktisch Besitzer des Landes geworden sei.

Aus dieser Besatzungszeit, die von dem jungen Sandino (geb. 1895) als unerträglich schmachvoll für seine Heimat empfunden wird, ragt ein Name heraus: Benjamin Zeledón, indianischer Herkunft, betrachtet sich als Vertreter der verfassungsmäßigen Rechte der Liberalen, die für die Unabhängigkeit des Landes einstehen, als er 1912 die Rebellion von General Mena unterstützt. Die US-Marines, die in Corinto landen, bombardieren Massaya, wo sich General Zeledon verschanzt hat, nehmenihm gefangen und lassen offensichtlich zu, daß er von feindlichen Landsleuten ermordet wird. Admiral Sutherland meldet, Zeledón sei im Kampf gefallen. Aber die wahren Umstände sprechen sich bis zu dem jungen Sandino herum, der an der zur Schau gestellten Leiche Benjamin Zeledóns zum ersten Mal die Rechtlosigkeit seines Vaterlandes physisch spürbar erlebt und nicht wieder vergißt.

So "lebt" Nicaragua ein Vierteljahrhundert ganz unverholen unter der "Pax Americana". Managua wächst als Hauptstadt zu einem schlechten Abziehbild nordamerikanischer Städte heran und wird zu einem Fremdkörper im eigenen Land. Coca-Cola, Baseball und manch anderes Produkt der Herren aus dem Norden werden in Nicaragua so heimisch, daß sie es bis heute geblieben sind.

Auf dem Land sieht die Lage allerdings anders aus als

in Managua selbst, wo sich die Nutznießer der herrschenden Verhältnisse sammeln. Das Volk bleibt ohne Rechte und ohne Schulbildung. "Demokratie" ist eine Farce, ein Spiel der Familien aus der dünnen Oberschicht, aus dem manchmal blutiger Ernst wird.

Als im Mai 1926 die US-Marines nach kurzer Pause wieder im Land sind, tritt ihnen ein "liberales" Heer entgegen. Ein Krieg beginnt, der als "guerra constitucionalista" (Verfassungskrieg) bezeichnet wird. Zu dem "liberalen" Heer stößt ein Mann, der in den folgenden sieben Jahren bis zu seiner Ermordung die Hoffnungen Nicaraguas verkörpert und auf dessen Erbe sich die Befreiungsbewegung der 60er und 70er Jahre, die Revolution von 1979 und das "neue Nicaragua" von heute berufen: Augusto César Sandino. "General der freien Menschen" wird er in der Auslandspresse, die ihn zu verstehen beginnt, genannt.

Sein Leben, sein Kampf und seine Vision werden im folgenden Artikel dargestellt.

Erhard Griese

GERECHTIGKEIT IST UNSER MAßSTAB FÜR FREIHEIT: AUGUSTO C. SANDINO

Was ist das für ein Licht in der Ferne?

Ist es ein Stern?

Es ist das Licht Sandinos
in den schwarzen Bergen.

Da ist er mit seinen Männern
neben dem großen Strohfeuer,
die Gewehre geschultert,
in Decken gehüllt,
rauchend
und traurige Lieder aus dem Norden singend reglos die Männer,
ihre Schatten bewegt.

(Ernesto Cardenal)

An tausenden von Mauern und Wänden ist in Nicaragua seine Gestalt im Schattenriß zu sehen. Das ist der erste Eindruck, den der Besucher des Landes aufnimmt: eine Silhouette, allgegenwärtig, aber schattenhaft undeutlich, eine fast mythologische Figur. Die Befreiungsbewegung Nicaraguas, die 1979 den Diktator Somoza verjagte, trägt seinen Namen: FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL, 1961 gegründet.

Sandino hat das alles nicht mehr erlebt. Er wurde in der Nacht zum 22. Feb. 1934 von den Leuten des Chefs der Guardia Nacional, Anastasio Somoza Garcia (dem Vater des 1979 vertriebenen Diktators) ermordet. Die Menschen dieses Landes, die gefragt werden, was sie seien, sagen stolz: Wir sind Sandinisten.

In Niquinohomo, etwa zwischen Managua und Granada, im dichtestbesiedelten Teil des Landes, wo auf vulkanischer Erde der Kaffeestrauch wächst, steht das Haus, in dem er vom 9. Lebensjahr an aufwuchs. Es ist jetzt eine Gedenkstätte. Im Innenhof steht Sandinos Standbild, in weißem Stein statt wie sonst als schwarzer Schatten, lebensgroß, das heißt nicht viel größer als fünf Fuß, wie immer mit dem großen Sombrero, aber sonst wie einer der vielen jungen Männer vorwiegend indianischer Herkunft, schmal, bescheiden, freundlich.

Wer war dieser Mensch? Was hat ihn zum Symbol gemacht?

Aus dem Schoße der Unterdrückten

"Ich bin am 18. Mai 1895 in einem kleinen Dorf im Department von Masaya geboren. Ich wuchs auf unter den allergrößten Entbehrungen", schreibt er. "Meine höchste Ehre ist, daß ich aus dem Schoße der Unterdrückten stamme, die die Seele und der Nerv des Volkes sind."

In welchem Hause er geboren wurde, scheint unklar zu sein. Ein Faltblatt bildet ein anderes Haus in Niquinohomo als sein Geburtshaus ab; in einer Broschüre aus Managua dagegen heißt eine abgebildete Strohhütte "casa natal". Kein Wunder: Von welchem unehelichen Sohn einer armen Kaffeepflückerin, einer "campesina", gäbe es schon sichere Hinweise, wo sie einst ihr Kind zur Welt gebracht hat? Von Augustos Mutter, Margarita Calderón, gibt es erstaunlicherweise eine Fotografie, vielleicht aus der Zeit, als sie Dienstmädchen im Hause von Augustos Vater Gregorio war, einem mittelständischen Kaffeepflanzer. Obwohl sie jung gestorben ist, siehtesie aus wie eine alte Frau.

Als Augusto neun Jahre alt ist, kommt seine Mutter wegen Schulden, die sie nicht rechtzeitig zurückzahlen kann, ins Gefängnis. Viele Saisonarbeiter mußten sich Geld leihen, um leben zu können, und verpfändeten dafür ihre Arbeitskraft. Es war wie zu biblischer Zeit im Orient: Ins Gefängnis kam man nur, um durch Leihsklavenarbeit seine Schulden und seine Haftkosten zu bezahlen. Andere Vergehen wurden durch Auspeitschen, Geldstrafen oder Pfändungen geahndet. Da der neunjährige Junge niemanden hatte, der für ihn ge-

sorgt hätte, mußte er seine Mutter begleiten - und erlebt, wie sie im Kerker an einer Fehlgeburt verblutet, hilflos und rechtlos: der erste furchtbare Einblick in die soziale Realität der unterdrückten Klasse der Landarbeiter Lateinamerikas.

Und ein erster Lebensabschnitt geht damit zu Ende. Jetzt nimmt ihn der Vater, Gregorio Sandino, in sein Haus auf. Es gibt vergilbte Fotos von Augusto mit der Frau seines Vaters und den Halbgeschwistern. Augusto hat die Chance, zu schulischer Bildung zu kommen. Das Verhältnis zu der Familie, deren Namen er später trägt, scheint nicht schlecht gewesen zu sein. Sein jüngerer Halbbruder Socrates ist später Oberst in Sandinos Befreiungsheer – und wird zusammen mit Augusto ermordet. Auch der Vater, Don Gregorio, ist dabei, als Somozas Söldner Sandinos Begleiter überfallen, aber er kommt mit dem Leben davon. Der Chef der Nationalgarde muß ihn nicht für so gefährlich wie seine Söhne gehalten haben.

Eine doppelte Herkunft ist das für Augusto C. Sandino, ohne die er vielleicht nicht zu dem "General der freien Menschen" geworden wäre, wie ihn die sympathisierende Presse genannt hat. (Das C. in seinem Namen meint ursprünglich den ersten Familiennamen Calderón; später hat er es als "César" wiedergegeben.)

Sandino hat nie vergessen, woher er kommt. Von manchen berühmt gewordenen Menschen wird das so klischeehaft gesagt, daß man es kaum noch einmal anwenden möchte. Aber Augusto C. Sandino ist wirklich immer der Sohn des einfachen Volkes geblieben. Er gehört zu den Peones und Campesinos, die in seinem Befreiungsheer kämpfen, bleibt aber offensichtlich den Politikern und Diplomaten, in deren Kreise er kommt, fremd. Sie verstehen seine geradezu naive Redlichkeit und Bescheidenheit nicht, mißdeuten sie auch zuweilen, nutzen sie aber schamlos aus und locken ihn damit in die Falle, die seine Ermordung bedeutet.

Wer steht dahinter? Wer hat von seinem Tod profitiert?

Der Koloß aus dem Norden

Die große Politik von draußen berührt sein Leben, als er 1912 (17-jährig) im Nachbarort Catarina die Leiche des nicaraguanischen Heerführers Benjamin Zeledon sieht. Zeledon war unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommen, als ihn Truppen eines US-Interventionsheeres gefangengenommen hatten. Die Vorgeschichte dieses Mordes mag Sandino erst danach zu rekonstruieren versucht haben. Sie

erschien ihm geradezu als "Schlüssel" zum Verständnis der Situation, in der sich seine Heimat befand. (Vgl. auch den vorangegangenen Artikel.)

Sandino lernt aber zuerst einmal den "Koloß aus dem Norden" auf seinen Lehr- und Wanderjahren kennen, die er später als seine eigentliche "Schule" bezeichnet. Er arbeitet in Honduras in einer Zuckerfabrik, in Guatemala in der berüchtigten United Fruit Co. und in Mexiko bei US-amerikanischen Erdölgesellschaften. Er erkennt, daß die "Yanquis" sich Zentralamerika wie eine Kolonie im Hinterhof halten, die sie ohne Rücksicht auf die Menschen dieser Länder ausbeuten, wie es jeweils ihren wirtschaftlichen Interessen entspricht. In dem hinter der Fassade angeblich selbständiger Staaten versteckten Kolonialismus zeigt sich die ausbeuterische Fratze des Kapitalismus (zwar zuerst verhüllt, dann aber) am eindeutigsten. Zentralamerika ist das tragischste, folgenschwerste Beispiel für diese Art von Kolonialismus.

Sandino muß in seinen Wanderjahren darunter sehr gelitten haben: "Unsere junge Heimat, diese tropische Schönheit" (wie er Nicaragua einmal nennt) unter der Herrschaft derselben Ausbeuter, die er kennengelernt hat, und ihrer Marionetten. Als die Anhänger der Liberalen den "Konservativen" Diaz abzusetzen versuchen, kehrt Sandino 1926 zurück. In dem Bergewerk von San Albino im Norden des Landes, das ebenfalls von einem US-Konzern betrieben wird, findet er seine ersten politischen Freunde und schließt sich dem Krieg für die verfassungsmäßigen Rechte der "Liberalen" an.

Es ist sein Geburtstag, der 18. Mai, als er 1926 wieder den Boden Nicaraguas betritt. Und genau ein Jahr später, am 18. Mai 1927, heiratet er Blanca Arauz, "das Mädchen von San Rafael del Norte", das er, schon "General", als Telegrafistin seiner Kommandozentrale in den Bergen kennengelernt hatte.

"Bianca hatte ein weißes Kleid an, sie trug einen weißen Schleier und einen Kranz von Orangenblüten", schreibt er später. "Zwei Tage nach unserer Hochzeit ging ich in die Wälder von Las Segovias, um die Ehre meines Landes zu verteidigen."

(In Managua, so ist mir erzählt worden, lebt heute die einzige Tochter, die ein Jahr vor Sandinos Ermordung geboren wurde.)

Ein Bauernkrieg im 20. Jahrhundert

Dem liberalen General Moncada, der an der Karibikküste stationiert war, hatte Sandino seine Dienste und seine erste "Ausrüstung" angeboten: 30 Gewehre und 7000 Schuß Munition, die von der gut bewaffneten US-Marinetruppe erbeutet, aber nicht benötigt worden waren, und nun von Sandinos Leuten "mit Hilfe einiger Mädchen der freien Liebe", wie er schreibt (die offenbar besser tauchen konnten als er und seine Freunde) vom Grund einer Meeresbucht emporgeholt worden waren. Der hochmütige und ehrgeizige Moncada, der später, als er mit den Yanquis verhandelt und sich den Präsidentensessel avisieren läßt, "dem nicaraguanischen Liberalismus den Hals umdreht", läßt den kleinen, hergelaufenen Arbeiter und seine paar Leute links liegen.

Die Liberalen enttäuschen Sandino mehrfach. Erst wissen sie wenig mit dem plötzlich aufgetauchten Patrioten anzufangen, der keinen persönlichen Ehrgeiz hat, sondern mit einem geradlinigen Gerechtigkeits- und Opfersinn seiner Heimat zu Hilfe kommen will. Moncada sagt einmal zu ihm: "Wie kommen Sie darauf, für das Volk sterben zu wollen? Das Volk dankt es einem nicht. Wichtig ist, gut zu leben." (Ein Satz, den Sandino aus tiefstem Herzen verachtet.)

Dann schieben die liberalen Generäle Sandino in die Berge des Nordens ab, die aber für die ihm geradezu zulaufenden campesinos zu einer uneinnehmbaren Zuflucht werden.

Sandino wird ihr "General". Als er einmal gefragt wird, wer ihn dazu ernannt habe, sagt er: "Meine Soldaten."

Nach kaum einem Jahr wendet sich auf einmal das Interesse der USA: Die Konservativen scheinen nicht mehr so vielversprechend für Washington zu sein wie die erstarkten Liberalen. Der US-Sonderbeauftragte Stimson hat den Kompromiß schon in der-Tasche, den er erzwingen will, als er ankommt: Die konservative Regierung bleibt noch bis 1928 im Amt, dann dürfen die Liberalen, wenn sie jetzt den Krieg beenden, die "Wahlen" gewinnen.

Alle Generäle der Liberalen stimmen zu - "alle, außer einem". Mit diesem Tag beginnt erst Sandinos eigentlicher Kampf für ein neues, wirklich souveränes Nicaragua. Man bietet ihm einen Gouverneursposten an, will ihn sogar mit der Aussicht auf eine spätere Präsidentenschärpe ködern. Aber Sandino "band in der Wildnis die feuchte Schärpe

der Freiheit sich um" (Pablo Neruda: Der große Gesang). Der Mann aus dem Volk bleibt unbestechlich und wird zum ersten Anführer eines nicht auf dem Söldnerwesen aufbauenden Heeres in Lateinamerika seit Simon Bolivar. Er nennt seine Kompanien von Arbeitern und campesinos "Verteidigungsheer der nationalen Souveränität".

Die Berge des Nordens werden seine Festung. Von Las Segovias aus operiert er auch, mit Einbaum-Kanus über den Rio Coco, bis zur karibischen Küste. Sechs Jahre dauert der Krieg. Die US-Truppen, die zuerst meinen, den "Banditen" rasch erledigen zu können, sind dem Partisanenkampf nicht gewachsen. Bis zu 6000 Mann kämpfen unter Sandinos Generälen. Aber ihre eigentliche Stärke ist die Unterstützung durch die Menschen auf dem Land. Schließlich kontrolliert Sandinos Heer etwa die nördliche Hälfte Nicaraguas.

Wenn wir uns heute aus unserer Perspektive mit dem Kampf Sandinos 1927-33 beschäftigen, so erscheint er uns wie aus einer anderen weit zurückliegenden Epoche. Es ist seinem Wesen nach ein Bauernkrieg mitten in unserem Jahrhundert, in fast allem dem vergleichbar, was Mitteleuropa im 16. Jahrhundert erlebte. Selbst die Waffen der Unterdrückten waren nur wenig verbessert. Das grelle moralische Schwarz-Weiß, das zu dieser Szenerie gehört, erscheint zunächst wie unwirklich oder legendär. Aber jede historische Analyse wird zu dem Ergebnis kommen müssen: Hier kämpfen Menschen, denen gar nichts anderes übrig bleibt, nach Jahrhunderten von Blut und Tränen, Hunger und frühem Sterben, gegen Ausbeutung und ein Leben ohne Rechte und Würde. Sie kämpfen gegen einen übermächtigen, fremden Koloß, ein Söldnerheer im Dienste kapitalistischer, kolonialistischer Macht, die durch die einheimischen Marionetten, die vorgeschoben werden, um keinen Deut legitimer wird.

"Das unglückliche Nicaragua hat keine andere Schuld, als daß es weder die Peitsche, mit der man es geißelt, noch die Faust, die es ins Gesicht schlägt, küssen will", schreibt Sandino am 4. August 1928 an die Präsidenten Lateinamerikas.

Einige Menschen in der weiten Welt wissen das, soweit sich in dieser politisch bewegten Zeit noch Interesse für ein kleines Land in Zentralamerika aufbringen läßt. Freiwillige aus anderen spanisch-amerikanischen Ländern kamen als "Internationale Brigade". Carl von Ossietzky informiert in der "Weltbühne" über das Geschehen, und ein "antiimperialistischer Kongreß" 1928 in Frankfurt erklärt

seine Solidarität. Sonst sind die Spuren in Europa spärlich. In den USA entstehen Komitees zur Verteidigung des Kampfes Sandinos, zuerst in New York, Los Angeles, Chicago und Detroit. Sandinos Bruder Socrates reist dorthin und spricht auf den Meetings. In den USA mehren sich die Stimmen, die zumindest fordern, lieber die Gangster in Chicago zu bekämpfen, als Soldaten in den Bergen von Segovia zu opfern. Die Taktik der US-Regierung angesichts der Proteste im eigenen Land ist dieselbe wie heute: Man versucht eine "Nicaraguanisierung" des Krieges. Dazu erfinden die USA - wie schon kurz zuvor auf den karibischen Inseln - die "einheimische", US-trainierte Nationalgarde. Der in den USA ausgebildete Anastasio Somoza Garcia wird ihr Chef. Dann können die US-Marines abziehen.

Sandino ist gegenüber der "Guardia Nacional" von Anfang an mißtrauisch. In einer Presseerklärung im Februar 1934 (kurz vor seiner Ermordung) sagt er: "Die Nationalgarde ist keine legal konstituierte Körperschaft. ... Ich werde mein Stück Land bebauen und die Steuern zum Unterhalt des Staates bezahlen, vorausgesetzt, die Garde unterwirft sich den Gesetzen." Er weiß, daß die Garde einen Staat im Staate bildet, und muß auch geahnt haben, daß der legale Präsident, Somozas Onkel Sacasa, ihr gegenüber zu schwach ist.

Sandino hat die Wahl des Liberalen Sacasa anerkannt. Sacasa wiederum läßt sich stolz mit Sandino fotografieren. Die nationale Aussöhnung scheint nahe zu sein, und Sandino will als einfacher Arbeiter auf einer der von ihm gegründeten landwirtschaftlichen Kooperativen arbeiten. Er wird zu einem Bankett im Hause Sacasas eingeladen. Es ist der Abend des 21. Februar 1934.

Wie jeder erste Bauernaufstand eines Landes, so endet auch dieser tragisch. Somozas Gardisten lauern der kleinen Gruppe auf, die von der Abendgesellschaft des gewählten Präsidenten zurückfährt. Nach einigen Stunden Gefangenschaft wird Sandino mit einigen Getreuen einfach erschossen. Die Leichname werden an unbekanter Stelle verscharrt, darunter ein etwa zehnjähriger Junge, der im Hause von Sandinos Gastgeber und Freund Salvatierra gearbeitet hat und beim Überfall auf die dort verbliebenen Freunde Sandinos getötet wurde. Fast zwei Jahre später zeichnet einer der Beteiligten, der später gegen Somoza opponierende Leutnant Abelardo Cuadra, im Gefängnis die Ereignisse für seinen Bruder auf. Erst Anfang der 70er Jahre wird das Dokument von Sergio Ramirez veröffentlicht.

24

Wahrscheinlich liegt Sandinos sterblicher Körper unter dem jetzigen Rollfeld des Flughafens von Managua, der seinen Namen trägt.

"Meine Politiker haben mich hinters Licht geführt", sind die letzten von Sandino überlieferten Worte. Nur ein Kampfgenosse, Col. Santos Lopez, konnte verwundet dem Kugelhagel im Hause Salvatierra entkommen. Er ist der einzige Überlebende aus Sandinos Stab, der 1961 den FRENTE SANDINISTA mitbegründet - zusammen mit Carlos Fonseca, der 1976 im Kampf fiel, Tomas Borge, dem jetzigen Innenminister, und anderen, von denen keiner die Freiheitskämpfe der 70er Jahre überlebt hat.

"Das war die Zeit, da man auf unserer Erde Grabkreuze pflanzte", beginnt der Nobelpreisträger Pablo Neruda in seinem "Großen Gesang" vom Schicksal Lateinamerikas das Lied über Sandino. Ein Grabkreuz Sandinos gibt es nicht. Er ist - wie Mose - ohne Grab. Der mythologische Zug um seine Gestalt verstärkt sich damit nur. SANDINO VIVE -"Sandino lebt" - steht tausendfach neben dem Schattenriß seiner Figur. Er ist zur lebenden Verkörperung seines Landes und seines Volkes geworden.

Mystische Spiritualität und politische Prophetie

Wie alle Lateinamerikaner indianischer Abkunft ist Sandino ein religiöser Mensch gewesen. Die Prägung seiner Religiosität erscheint uns Europäern oder aufgeklärten Theologen dabei zuerst vielleicht als fremdartig. Wer Ernesto Cardenals Gedichte und Gebete gelesen hat, müßte etwas besser vorbereitet sein auf die wenigen schriftlichen Zeugnisse, die es von Sandinos religiöser (und zugleich politischer) Vorstellungswelt gibt. Das wohl charakteristischste Beispiel ist ein Brief an seinen Unterführer Abraham Rivera vom Oktober 1930:

"... Denke immer daran, daß das göttliche Gesetz, dem wir untertan sind, nur dies eine ist: das Gesetz der Liebe. Von diesem Gesetz leiten sich alle anderen her. Das Gesetz der Liebe erkennt nur Gerechtigkeit an. Gerechtigkeit ist die Lieblingstochter der Liebe, aus ihrem Mutterschoß geboren.

Um Dir diese Gedanken zu erklären, erbitte ich von Dir fünfzehn Minuten Deiner Zeit, irgendwann, wenn Du allein bist und ausgeruht ... Ich habe die freundliche Illussion, daß Du bereits allein bist und bereit, mir diese fünfzehn Minuten zu gewähren:

Stell Dir vor, Du überschaust mit einem Blick alle Meere der Welt, und ein Sperling kommt und nimmt davon alle 100 Millionen Jahre ein Schlückchen Wasser. Wenn der Sperling auf diese Weise das unermeßliche Wasser leergeschöpft hat, dann ist erst eine einzige Sekunde der Ewigkeit vergangen.

Jedoch, die <u>Dauer der Ewigkeit</u> genügt nicht, um den ganzen Weltraum zu durchqueren, nicht einmal mit der höchsten Geschwindigkeit, die sich denken läßt. Die erste Substanz, die in dieser Unermeßlichkeit existierte, war äther, aber noch davor existierte ein großer Wille, das heißt eine große Sehnsucht danach, daß das, was nicht war, sein sollte. Deutlicher gesagt: ewige Liebe. Äther wurde Materie, und das Leben erschien durch das Licht, das das Leben der Menschen ist; das heißt: alles ist <u>Licht</u> (Geist). Der Geist ist eines Wesens mit dem Vater, dem Schöpfer des Weltalls.

So bist Du, mein lieber Bruder Rivera, nun im Besitz dieser Gedanken, um immer bereit zu sein, eine gerechte Sache zu verteidigen, auch wenn sie jedes nur denkbare Opfer fordert; denn Opfer bedeutet Liebe (Schöpfer oder Gott). Ungerechtigkeit kommt von der Unkenntnis der göttlichen Gesetze, von der Zeit her, da die Menschheit noch im Embryostadium war. Darum hat die Ungerechtigkeit kein Existenzrecht, denn sie ist gegen das Gebot der Liebe gerichtet, die allein regieren wird auf Erden, wenn die Brüderlichkeit der Menschen endlich siegt und der Mensch Licht wird, wie der Vater, der Schöpfer, es will.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir anfangen voranzugehen, denn wenn wir nicht aufbrechen, werden wir nicht ankommen. Um diese Ungerechtigkeit zu vernichten, ist es notwendig geworden, sie anzugreifen. Darum haben wir viele auf Erden mit diesem Auftrag erscheinen sehen, wie Jesus. Jeder Mensch, der für die Freiheit des Volkes kämpft, setzt diese Lehren fort.

Es gibt auf Erden einige Menschen, die glauben, wenn sie sich des Wohllebens erfreuen, dann sei es eine Verrücktheit, irgendein Opfer für das Wohl anderer zu bringen. Wenn das aus Unwissenheit gesagt wird, ist es nicht so schlimm, wie wenn es in voller Erkenntnis der Dinge gesagt wird. Denn in letzterem Fall handelt das Individuum aus Geiz und Selbstsucht, und das bedeutet: aus Haß gegen die Menschheit. Sie leben ihre Orgien auf Kosten der Tränen und des Lebens anderer Menschen.

Das ist Ungerechtigkeit, und früher oder später wird die Ungerechtigkeit von der göttlichen Gerechtigkeit überwunden werden. ... So wird die Ungerechtigkeit vom Angesicht der Erde verschwinden, und Gerechtigkeit allein wird herrschen.

Die Erde bringt alles hervor, was zur Freude und Erquikkung der Menschheit nötig ist, aber - wie ich schon sagte - die Ungerechtigkeit war viele Jahrmillionen in der Übermacht, und all die ungeheueren Vorräte an lebensnotwendigen Dingen waren in der Hand einiger weniger 'großer Tiere'. Der riesigen Mehrheit der Völker fehlte sogar das Allernötigste, und sie konnten verhungern, nachdem sie mit ihrem Schweiß das produziert hatten, was andere aus Jux vergeuden.

Aber die Gerechtigkeit wird siegen, und der Krieg, den die Unterdrücker der freien Völker erklärt haben, wird vernichtet werden durch den Krieg der Befreier. Und danach, wenn Gerechtigkeit herrscht, wird auch Friede auf Erden sein.

Lieber Bruder Col. Rivera: diese Erläuterungen sollen Dir helfen, nicht zu verzweifeln. Ich habe immer Deine geistigen Fähigkeiten geschätzt, und ich wünsche mir, daß alle, die mir so sehr nahe sind, ganz erfüllt werden mit der größten Liebe zur Gerechtigkeit, denn Gerechtigkeit ist unser Maßstab für Freiheit. ...

Empfange eine brüderliche Umarmung in großer Hochachtung von Deinem Bruder

Augusto C. Sandino"

(Aus dem Englischen übersetzt von Erhard Griese: Aus Eduardo Crawley: Dictators Never Die. A Portrait of Nicaragua and the Somozas. C. Hurst & Company, London 1979, S. 73-74).

Sandino verbindet eine kosmisch-spiritualistische Mystik mit einer ungeheueren, nicht zu übertreffenden praktisch-politischen Leidenschaft für Gerechtigkeit, und er drückt diese Religiosität in prophetischer Kritik unmittelbar aus.

Immer wieder spricht er von der "göttlichen Gerechtigkeit", vom "göttlichen Atem der Gerechtigkeit". "Gerechtigkeit ist die Lieblingstochter der Liebe, aus ihrem Mutterschoß geboren", heißt es auch in dem Manifest "Licht und Wahrheit" von 1931.

An den US-Präsidenten Hoover schreibt Sandino in einem offenen Brief vom 6. März 1929: "Mir ist nicht unbekannt, über welche materiellen Mittel ihre Nation verfügt. <u>Sie</u> haben alles, aber GOTT ist nicht mit Ihnen."

In derselben prophetischen Schärfe redet er von dem "Weißen Haus" in Washington, "das in Wirklichkeit gar nicht das Weiße Haus ist, sondern eines jener weißgetünchten Grabmale, von denen Jesus sprach. Außen weiß und hübsch anzusehen, aber innen verfault und stinkend."

Carleton Beals berichtet in dem genannten Report: "Es gibt etwas Religiöses im Denken Sandinos. Oft kommt Gott in seinen Sätzen vor. 'Gott ist derjenige, der über unser Leben bestimmt', oder: 'Wir siegen, so Gott es will', oder: 'Gott und die Berge sind unsere Verbündeten.' Seine Soldaten führen sehr oft diese Redensarten im Mund."

Es wäre unbillig, diese Äußerungen oder den Brief an Abraham Rivera mit der Elle europäischer Dogmatik oder Aufgeklärtheit zu messen. In Sandinos religiösen Vorstellungen steckt ein Element von indianischem Pantheismus, zugleich aber auch die jüdisch-christliche Orientierung an dem Gott der Geschichte und damit vor allem - seltsam verwoben mit jener mystischen Spiritualität - der prophetisch-politische Bezug zur gesellschaftlichen Realität. Die Mystik ist es, die das Engagement begründet und stärkt und die Bereitschaft zum Opfer hervorruft.

Von klerikaler Hörigkeit ist Sandino völlig frei. Er achtet die Amtskirche und sorgt wiederholt dafür, daß dem einzelnen Priester kein Schade daraus entsteht, daß die Hierarchie zumeist aufseiten der Herrschenden ist. Er duldet nicht, daß Kirchen beraubt werden. Aber er fühlt sich in seiner Religiosität frei und unabhängig von der üblichen Frömmigkeit und ihr offensichtlich überlegen. Wo ein Priester die Messe für die Söldner der Yanquis liest, wertet er es als Verrat und spart nicht mit Kritik.

Das Wort "Kommunisten" habe ich nur einmal bei Sandino erwähnt gefunden, aber eigentlich nicht im ideologischen, sondern im soziologischen Sinne: "Unsere Völker sind auf einem solch entwürdigenden Stand der Unwissenheit gehalten worden, daß weder Liberale noch Konservative genau wissen, worum sie sich streiten... Jedenfalls kam während der Zeit der Conquista kein einziger Adeliger nach Nicaragua, der aus den vornehmen Fürstenhäusern Europas stammte,

und darum gehören wir ohnehin seit je den unteren Klassen an. Wir sind daher, eher noch als einfach Liberale, 'Kommunisten'."

Die Begriffe "proletarisch" und "antiimperialistisch" gebraucht er mehrere Male.

Der "Yanqui" (Yankee) ist für Sandino wie für Nicaragua heute der Nordamerikaner als der überhebliche, brutale Ausbeuter, der Eindringling und "filibustero" (Seeräuber). dessen Unersättlichkeit das kleine Volk an der "Kehle Amerikas" (Pablo Neruda) nicht zu Souveränität und Menschenwürde gelangen läßt. "Luchamos contra el Yanqui. enemigo de la humanidad" heißt es hart und lapidar in der Hymne der Sandinisten: wir kämpfen gegen den Yanqui. den Feind der Menschlichkeit (oder: der Menschheit). Aber niemals wird das Volk der USA damit identifiziert. Wer als Gast, nicht als Ausbeuter, aus dem Norden kommen will, ist willkommen. Sandino weiß, daß es auch ein anderes Nordamerika gibt. Sein Halbbruder Socrates trifft sich in den Staaten mit den vielen Solidaritätskomitees, die zur Zeit der US-Intervention entstanden sind. Sandino weiß auch, daß die USA aus einem Kampf um Unabhängigkeit entstanden sind und eine große Freiheitstradition haben. "Wenn ihr Gewissen nicht durch die materielle Bereicherung verhärtet wäre, hätten sie nicht vergessen, daß ein Volk früher oder später, so schwach es auch sein mag, seine Freiheit erringen wird", sagt er und: "Wenn ich der amerikanischen Regierung angehören würde und die gegenwärtige Regierung Nicaraguas gezwungen hätte, die Rechte des nicaraguanischen Volkes zu verkaufen, dann hätte ich doch nachgegeben, nachdem ich gesehen hätte, auf welcher Seite die Gerechtigkeit ist."

Vor allem steht Sandino gegen die Auslegung der Monroe-Doktrin (Amerika den Amerikanern) von 1823, die praktisch immer bedeutete: Amerika den Yankees. Darum sagt er: <u>Die</u> Vereinigten Staaten den Yankees. Lateinamerika den Lateinamerikanern.

Im Blick auf Lateinamerika, zumindest auf die Völker spanischer Sprache, gibt es für Sandino keine Grenzen. In seinem Heer kämpfen Männer aus nahezu allen spanisch-amerikanischen Ländern (aber keine sonstigen Internacionalistas). Es ist aber nicht in erster Linie das sprachliche oder gar "rassische" Element, sondern das gemeinsame Schicksal, die Geschichte eines halben Jahrtausends, die diese Völker verbindet. Nicht das Entstehen des Sandinis-

mus, sondern die vorausgehende Geschichte der Unterdrükkung und Entwürdigung hat diese Gemeinsamkeit hervorgebracht. Darum ist Cuba den Nicaraguanern so nahe, und darum ist der heutige Sandinismus im Kern das Modell und Exempel für die Befreiung auch aller anderen Länder Zentralamerikas, ja vielleicht ganz Lateinamerikas. Der Sandinismus steht aber auch dafür, daß dieser Weg der Befreiung religiöse Wurzeln hat und diese Wurzeln niemals vergessen, verleugnen oder auch nur vernachlässigen könnte. Darum wird vieles davon abhängen, wie Nicaraguas Sandinismus wiederum dem "Kommunismus" Fidel Castros begegnen und wie die Theologie der Befreiung und die Iglesia popular Lateinamerikas in dieser Begegnung gegenwärtig sein wird. In Frei Bettos Gesprächen mit Castro werden die ersten Zeichen dieser gemeinsamen Bewegung deutlich. Es fällt Europäern und Nordamerikanern schwer, ihre egozentrische Perspektive zu verlassen und "America latina" zu verstehen. Aber um diese Mühe werden vor allem die Christen unserer Länder sich nicht herumdrücken dürfen.

Die Lebensgeschichte und das Denken von Augusto C. Sandino können eine Hilfe und ein Einstieg in diese ökumenische Aufgabe sein.

So steht Sandino vor uns als Symbol eines religiösen Sozialismus aus einer anderen, uns manchmal fremden Umwelt, dem indianisch-spanischen Amerika, seiner Mentalität, vor allem aber seiner Geschichte. Die Welt darf nicht mehr eurozentrisch interpretiert werden. Das wäre ein weiter andauernder geistiger Imperialismus. Die Geschichte aller Menschen und Völker gehört unter der Perspektive der Revolution des Reiches Gottes, wie Leonhard Ragaz sagen würde, zusammen. Der Sandinismus mit religiöser Basis und spiritueller Leidenschaft, aus der vulkanischen Erde Nicaraguas geboren, erwacht aus dem Todesschlaf jahrhundertelanger Ausbeutung und Menschenverachtung, die einem kleinen Volk aufgezwungen wurde, ein Schrei der Menschheit aber, der alle angeht und nicht verstummen wird.

"Meine Sache ist die Sache meines Volkes, die Sache Amerikas. die Sache aller unterdrückten Völker der Welt." (Augusto César Sandino)

(Lit.: Neben dem obengenannten Werk von Eduardo Crawley vor allem: Sergio Ramirez: Viva Sandino! Peter Hammer Verlag Wuppertal 1976/

Miguel-Ernesto Vijil Icaza

KEIN FRIEDEN OHNE GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE+)

Im Namen der Menschen Nicaraguas heiße ich Sie willkommen, im Namen der Männer und Frauen, der Kinder, der jungen und alten Leute, die für ein menschenwürdiges Leben in einer Gesellschaft kämpfen, die jeden teilhaben läßt.

Dieses schöne Land der Seen und Vulkane, das sie gastfreundlich empfängt, ist von einem Volk bewohnt, das von Augusto César Sandino gelernt hat, daß eine arme Nation niemals ein würdiges Ziel erreichen wird, wenn es nicht zuerst seine Souveränität gewinnt. ...

Es ist meine Aufgabe, für die nicaraguanische Delegation zu sprechen, und es könnte nützlich sein, unseren Freunden, die uns besuchen, zu sagen, wer diese Gruppe von Männern und Frauen ist, die gemeinsam unser Land vertreten. Wir kommen aus verschiedenen geografischen Landesteilen und aus verschiedenen Aktivitäten des täglichen Lebens.

Unter uns sind Vertreter der christlichen Gemeinden von Boaco, Esteli, Chinandega, León, Managua und der Atlantikküste. Unter uns sind Priester, Pastoren und Ordensangehörige. Unter uns sind Studenten der Theologie und der Sozialwissenschaften. Unter uns sind Leiter von Zentren theologischer Reflexion, die einen reichen Beitrag leisten zur spirituellen Erfahrung der christlichen Gemeinden unseres Landes. Unter uns sind Protestanten und Katholiken. Unter uns sind Menschen, die dem Volk in Positionen dienen, die die Revolutionsregierung uns anvertraut hat.

Schon seit der Zeit vor 1979 sind wir alle im Glauben an Jesus Christus und in der Verpflichtung verbunden, das nicaraguanische Volk, Gläubige und Nichtgläubige, in dem Kampf zu begleiten, die Ketten der Somozadiktatur zu zerbrechen und so eine authentische Befreiung von allem zu erreichen, was eine volle menschliche Entwicklung hindert.

Heute haben wir auch eine politische Verpflichtung gemeinsam: mit all unserer Kraft den revolutionären Prozeß

+) Begrüßungsrede des nicaraguanischen Ministers für Wohnungsbau an den internationalen Kongreß der Religiösen Sozialisten in Managua, Nicaragua, am 8. Oktober 1986.

zu unterstützen, den die Sandinistische Befreiungsbewegung vor 25 Jahren begann und der - wie die Lava in unseren Vulkanen - zum Ausbruch kam in dem Triumph des nicaraguanischen Volkes über Jahrzehnte der Tyrannei und Unterdrükkung, am 19. Juli 1979.

Wir glauben, daß die sandinistische Revolution das Flußbett ist, in welchem die Zukunft unseres Volkes fließt. Ohne die Irrtümer zu verbergen, die wir Revolutionäre begangen haben, können wir Nicaraguaner, die wir hier sind, ohne uns zu schämen, sagen: Wir sind Sandinisten. Das ist eine besondere Art und Weise, Sozialisten in der Dritten Welt zu sein, und als Sandinisten und Christen sind wir wirkliche religiöse Sozialisten.

Wir haben eine Synthese zustande gebracht, die es uns erlaubt, der Welt zu sagen: In unserem Land ist die authentische Weise, ein Christ, ein Glaubender zu sein, die: ein Revolutionär zu sein.

Wir haben neue Horizonte für befreundete Völker eröffnet, die jetzt die Übereinstimmung in den gemeinsamen Werten und Absichten für das Ziel einer sich verändernden Gesellschaft entdecken und wiederfinden, einer Welt gemäß der Parusie nach der Johannesoffenbarung, dem Punkt Omega Teilhard de Chardins oder dem vollendeten Kommunismus von Karl Marx - alles, wie Ernesto Cardenals Gedicht sagt, ein und dieselbe Sache. In den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern Lateinamerikas muß die Praxis des Glaubenden eine befreiende Praxis sein. Die entfremdenden religiösen Riten und Ansichten sind nicht authentisch christlich.

Andererseits kann in Lateinamerika die Veränderung der überholten Gesellschaftsstrukturen nicht ohne massenhafte Beteiligung der Christen an den politischen Prozessen stattfinden, die die soziale und ökonomische Wirklichkeit wissenschaftlich analysieren.

Wir glauben, daß unsere Erfahrungen auch von den Brüdern und Schwestern in anderen Ländern der Welt richtig analysiert werden können, die in einer von der unseren unterschiedenen Realität leben, aber daß sie übereinstimmen in den großen Zielen der Suche nach Frieden und Fortschritt für die ganze Menschheit.

Wir akzeptieren als sandinistische Christen mit Begeisterung das Thema dieser Tagung: KEIN FRIEDEN OHNE GERECHTIGKEIT UND DEMOKRATIE.

Es erinnert uns an die Worte des Propheten Jesaja: Und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit wird ewige Stille und Sicherheit sein (Jes 32,17). Darum können wir Christen in Nicaragua das vielgebrauchte Wort als unseres annehmen: Wir sind "en lucha por la paz" (im Kampf für den Frieden).

Bleibender und stabiler Frieden besteht nicht einfach in Verzicht auf Gewalt. Er ist der Kampf für soziale und ökonomische Strukturen, die das Leben aufrechterhalten und garantieren. Wenn das Leben für alle garantiert ist und wenn dazu, wie es unser Thema mit dem Begriff Demokratie herausstellt, jeder fühlt, daß die Gesellschaft ihn angeht, dann werden – nach Jesaja – Ruhe und Sicherheit für immer herrschen.

Mit der Zusammenkunft in Nicaragua akzeptiert der Internationale Bund der Religiösen Sozialisten die Herausforderung, das Geschehen in Zentralamerika aus der Perspektive der Dritten Welt zu untersuchen.

Nicaragua ist Teil der großen Anzahl von Nationen, die Opfer des globalen kapitalistischen Systems sind, das seinen Reichtum aus den ungleichen Handelsbedingungen und den ausbeuterischen Finanzverhältnissen bezieht. Die Lage unserer Länder ist in jedem Sinne ungünstig. Nur die Wiederherstellung unserer Souveränität und der Aufbau eines sozialistischen Systems ist imstande, den Benachteiligungen zu begegnen, die uns durch die globalen Strukturen der Ungerechtigkeit auferlegt sind.

Hier müssen wir, schon aus Gerechtigkeit, den Namen von Olof Palme nennen. Mehr als viele andere erfühlte er von der "ersten Welt" her all die Schmerzen und Lasten, die der Dritten Welt aufgebürdet sind. Besser als viele andere versetzte er sich in eine richtige Perspektive, die es ihm erlaubte, an die Wahrheit über das, was in unseren armen Ländern geschieht, heranzukommen.

Hierher gehört auch, daran zu erinnern, daß Sie ein Land besuchen, das einen ungerechten Angriffskrieg erleidet, und daß es keinen Frieden im heutigen Nicaragua gibt.

Es herrscht kein Friede in Nicaragua, weil wir zwei "Sünden" begangen haben: unsere Souveränität und damit unsere Unabhängigkeit von den USA zu erklären, - und eine Volksrevolution zu machen.

In Nicaragua herrscht gerade deshalb kein Frieden, weil

es gerade mit Gerechtigkeit und Demokratie angefangen hat. Der Krieg, der uns aufgezwungen ist, kann nicht anders interpretiert werden denn als aggressive und grausame Antwort der Feinde von Frieden und Demokratie, der Menschen, für die Krieg und Arroganz kennzeichnend sind. Sie greifen den Frieden und die Demokratie an, die wir aufbauen. Wir können und dürfen den Namen dieser Feinde nicht verheimlichen: es sind die Regierenden der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Jahrhunderte hindurch gab es keine Gerechtigkeit für die große Mehrheit der Nicaraguaner. Die schriftliche und mündliche Erinnerung unserer Vorfahren, die Wurzeln, die Steine, das getrocknete Blut sind Zeugen der Massaker an der einheimischen Bevölkerung. Die ungelernten Arbeiter (die Peones), die kleinen Pächter (die Campesinos) und die Frauen waren ständig ins soziale Abseits gedrängt. Es war eine Geschichte ohne Zukunft und ohne Hoffnung für die Armen, das heißt für fast alle Nicaraguaner. Sie zählten einfach nicht. Jedes herrschende System in diesem Lande verfügte über sie. Die Unabhängigkeit von Spanien machte uns von England und dann von den USA abhängig. Die letzte Phase der Abhängigkeit trug die Namen der "Filibusteros", der Marinetruppen und vierzig Jahre lang den unheilschwangeren, ominösen Namen "Somoza".

Die sandinistische Revolution geschah, damit endlich Gerechtigkeit herrsche. So daß Kinder Schuhe bekommen und Spielzeug, - nicht nur die Söhne der Großgrundbesitzer. So daß die altgewordenen Menschen mit der Gewißheit sterben können, daß die Zukunft ihrer Enkel gesichert ist, - und das nicht nur bei den Besitzern von Plantagen und sonstigen Reichtümern. Die Revolution wurde gemacht für die Mütter, für die Jugend, für die Peones und Campesinos.

Wir haben eine Revolution gemacht, damit die Armen nicht länger arm seien. Damit diejenigen, die niemals ein Wort lesen oder an etwas teilnehmen konnten, das Lesen und diese Teilnahme lernen. In unseren Ländern der Dritten Welt hat die jahrhundertelang vergessene und vernachlässigte Gerechtigkeit konkrete Namen: Sie heißt WOHNUNG, KLEIDUNG, LAND, TORTILLAS. Sie heißt SCHULEN, KRANKEN-HÄUSER, WERKSTÄTTEN und FABRIKEN. Wir arbeiten dafür, denn wir haben jahrhundertelang nach Gerechtigkeit gehungert und gedürstet.

In Nicaragua hat es niemals Demokratie gegeben. Zur Zeit Somozas hielt man, wie wir alle wissen, "Wahlen", schrieb Verfassungen und erließ Gesetze, aber es gab keine Demokratie. Denn die große Mehrheit nahm an keinerlei Entscheidungen teil, konnte sich keiner Freiheit erfreuen, noch hatte sie irgendeinen Nutzen von Gesetzen. Diese Mehrheit zählte einfach nicht.

Es gibt keine Demokratie, wenn die meisten Leute nicht lesen und schreiben können. Und so war es hier. Es gibt keine Demokratie, wenn die Menschen auf dem Land nur die eine Zukunft haben, auf dem Grund und Boden eines anderen, nämlich des Patrons, arbeiten zu müssen. Und so war es hier Es gibt keine Demokratie, wo Frauen keinen Zugang zu Positionen mit Entscheidungsbefugnis und Verantwortung haben. Und so war es hier.

Die sandinistische Revolution geschah durch die Partizipation des Volkes, und heute bauen wir an ihr, festigen und verteidigen sie durch eben diese Partizipation. Durch diese Partizipation des Volkes haben wir eine völlig neue Armee geschaffen, neue Gesetze und neue pädagogische Programme, eine neue Polizei und neue internationale Beziehungen, neue Gedichte, Bücher, Lieder. Zum ersten Mal in unserer Geschichte fühlen wir als Nicaraguaner, daß wir fordern und kritisieren dürfen, Vorschläge machen, diskutieren, anderer Meinung sein, unterstützen und teilnehmen dürfen. Heute haben wir eine Stimme. Wir kommen aus einem langen Schweigen. Diese Stimme ist in besonderer Weise laut geworden in den Wahlen von 1984, als die Menschen Nicaraguas zum ersten Mal ihre Führer demokratisch wählten.

Unsere Vertreter in der Nationalversammlung bereiten die erste Verfassung vor, die wirklich die Bestrebungen des Volkes berücksichtigt. In ihr sind die Prinzipien unserer Politik feierlich festgelegt, der Außen- wie der Innenpolitik: politischer Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Blockfreiheit. Ebenso die Rechte der ethnischen Gruppen der Atlantikküste Nicaraguas: der Misquitos, Kreolen, Sumos, Ramas und Garifonos, um ihre kulturellen Traditionen zu bewahren und sie vollständig an den Aufgaben des nicaraguanischen Volkes teilnehmen zu lassen.

Die Suche nach Gerechtigkeit und Demokratie ist kein einfacher, leichter Weg. Einige sind ungeduldig und fordern, wir sollten in sieben Jahren erreichen, wofür sie als privilegierte Nationen viele Jahrhunderte brauchten. Andere, die sich für die Eigentümer der Geschichte halten, haben ungerecht und undemokratisch diesen Weg erschwert durch den Krieg, den sie gegen uns führen. Nicaragua konnte die Früchte des Friedens noch nicht ernten, obwohl es

die Samenkörner der Gerechtigkeit und der Demokratie ausgestreut hat. Von sieben Jahren der Revolution sind fünf Jahre des Krieges gewesen. Von Jahr zu Jahr ist dieser Krieg eskaliert. Es ist ein Krieg, in welchem der Feind zur selben Zeit mit Mörsern, Kanonen und Gewehren schießt, wie er ein Handelsembargo verhängt. Es ist ein Krieg, in dem zu gleicher Zeit mit Lügen und mit Gewehrkugeln geschossen wird. Es ist ein ungerechter Krieg, in dem wir unsere besten Söhne verlieren. Eines Tages werden wir die verwüsteten Kooperativen und die gesprengten Brücken wiederaufbauen. Wir haben vieles schon wieder aufgebaut. Aber wer wird uns das Leben der vielen wiedergeben, die wir brauchten, um Gerechtigkeit und Demokratie zu errichten?

Die Vereinigten Staaten hören nicht auf, in Zentralamerika den Hinterhof ihres Herrschaftsgebietes zugrundezurichten. Auf diese Weise verurteilen sie uns zum Tode. Wir leben in dunklen Zeiten. Das Internationale Recht hat eindeutig gezeigt, wer das Opfer und wer der Henker ist. Aber der Henker hat noch immer die Fähigkeit, viele zu täuschen, die dann glauben, die Rechte der großen Staaten seien mehr wert als die der kleinen Länder.

In dieser nicaraguanischen Revolution, konfrontiert mit diesem Krieg, sind wir als Christen präsent. Und wir werden weiterhin präsent sein, denn dies ist die erste Revolution in der Geschichte, die proklamiert hat, daß es keinen Gegensatz gibt zwischen dem christlichen Glauben und dem Kampf für eine gesellschaftliche Veränderung; die erste, die keine Grenzen zieht zwischen dem Glaubenden und dem konsequenten Revolutionär.

In dieser Revolution haben wir keinen Extraplatz und spielen wir keine besondere Rolle. Wir sind einer von vielen, so wie Jesus von Nazareth es war. Dieser Platz, den wir Christen in Nicaragua einnehmen, ist wie Salz in der Suppe, wie Sauerteig im Mehl, und er ist zu einem Licht geworden, das hoch auf dem Leuchter steht und das alle sehen können. Uns erscheint das als ein historischer Platz. Darum fühlen wir uns verantwortlich und sind zugleich stolz auf diese Verantwortung.

Wir möchten diese Verantwortung mit Euch teilen, den Christen aus den großen Ländern, den reichen Nationen der Welt. Denn heute hängt das Leben unseres Volkes mehr als je zuvor auch von Euch ab. Die Sache Nicaraguas, die Sache Lateinamerikas, fordert das Gewissen der ganzen Welt heraus. In diesem Krieg, der ein Kampf für den Frieden

ist, geht es um das internationale Recht, um die geheiligten Grundsätze nationaler Souveränität, um die Rechte der kleinen Völker und auch um die Glaubwürdigkeit unseres christlichen Glaubens.

Das Thema dieses Treffens ist KEIN FRIEDEN OHNE GERECH-TIGKEIT UND DEMOKRATIE. Unser Thema nimmt in der Perspektive der Dritten Welt eine besondere Nuance an. Wenn wir aus dem Blickwinkel der Unterdrückten und Entrechteten für Gerechtigkeit und Demokratie als Grundlage des Friedens eintreten, dann verpflichten wir uns verbindlich, eine neue Ordnung national wie international zu schaffen. Damit verwerfen wir die Legitimität der Ordnung, die von einem imperialistischen Kapitalismus beherrscht wird. Wir verurteilen sie, weil sie die Lebensmöglichkeiten für zwei Drittel der Menschheit systematisch verweigert.

Gerechtigkeit ist die Anerkennung der Rechte von Männern und Frauen, und auch von Völkern. Gerechtigkeit bedeutet Kampf für eine internationale Rechtsordnung, die von allen Nationen der Welt respektiert wird, unabhängig von ihrer ökonomischen und militärischen Macht. Gerechtigkeit bedeutet Kampf für eine internationale Wirtschaftsordnung, die den Wert der Arbeit aller Menschen anerkennt, einschließlich der verarmten Landbevölkerung der Dritten Welt.

Gerechtigkeit bedeutet den Abbau eines Finanzsystems, das tagtäglich den ärmsten Menschen die Mittel entzieht, um die Bankreserven der am stärksten entwickelten Länder aufzufüllen.

Gerechtigkeit bedeutet Organisation des Kampfes für den Zugang des Volkes zu gerecht bezahlter Arbeit und zu den Gütern und Diensten, die dem menschlichen Leben Würde geben. Ohne Gerechtigkeit wird es niemals stabilen Frieden geben. Unser christlicher Glaube überzeugt uns davon, daß eine gerechte Welt möglich ist. Das hat zu tun mit dem neuen Jerusalem, das Johannes auf Patmos sah. Es hat zu tun mit dem Reich Gottes. Und es hat zu tun mit dem Reich der Freiheit, das Karl Marx ahnte.

Aber Gerechtigkeit ist nicht nur eine Frage der Strukturen. Wenn sich die Leute nicht als Teil einer Gesellschaft fühlen, mit der sie sich identifizieren können, dann ist die soziale Ordnung labil und kann nicht die Fundamente für Frieden legen. Darum begrüßen wir es, daß dem Thema unseres Treffens der Begriff "Demokratie" hinzugefügt ist. Demokratie jedoch ist heutzutage ein Wort, das verdreht verstanden wird.

Von der Dritten Welt und den Erfahrungen des Sandinismus her bedeutet Demokratie die Überzeugung aller, daß die Nation ihre ureigenste Sache ist, daß sie alle eine Rolle spielen bei der Bestimmung des Weges der Nation, und daß es immer Raum für ihre kulturellen Werte gibt.

Demokratie bedeutet leichten Zugang zu den politischen Führern, die wir alle als unsere "Dirigenten" betrachten. Demokratie bedeutet Offenheit gegenüber den Sorgen der Christen wie der Nichtchristen. Demokratie bedeutet die Partizipation aller an der Analyse, der Auswahl und der Realisierung der Problemlösungen jeder Gemeinde und der ganzen Nation.

Demokratie bedeutet Entscheidungsgewalt des Volkes, die Anerkennung der Entscheidungsgewalt kleiner Gemeinschaften für ihre Angelegenheiten ebenso wie der der ganzen Nation für die ihren. Ohne Gerechtigkeit und Demokratie wird es keinen Frieden geben.

Ich möchte Euch, Brüder und Schwestern, bitten, daß wir zu dem Herrn aller Völker beten, daß diese Welt Frieden finde. Laßt uns für Nicaragua beten, daß es Frieden finde, daß die uns angreifen, ihren Sinn und ihr Herz ändern; daß unsere Feinde nicht mehr Feinde seien, sondern wieder das werden, als was wir sie sehen möchten: Freunde, in Gleichheit und gegenseitigem Respekt. Laßt uns zum Herrn beten für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß er erleuchtet werde und mit dem Angriff auf das Volk Nicaraguas aufhöre.

Liebe Brüder und Schwestern: Ich muß von Grund meines Herzens dem Internationalen Bund der Religiösen Sozialisten und seinen Mitgliedsorganisationen danken, daß sie Nicaragua als Ort dieses Ereignisses gewählt haben. Diese Wahl ehrt uns und wird es uns ohne Zweifel erlauben, feste und dauerhafte Bindungen der Freundschaft und Solidarität herzustellen.

Das Volk von Nicaragua sagt: Willkommen, Brüder und Schwestern. MUCHAS GRACIAS.

(Übersetzung: Erhard Griese)

Udo Fleige

VOM KONFLIKT ZUR KOEXISTENZ

Über die Beziehungen zwischen der katholischen Hierarchie und der Regierung Nicaraguas.

Schon seit einigen Jahren gibt es Reibungen zwischen Kirche und Staat: Seit Juli 1982 z.B. wird die Sonntagspredigt von Kardinal Miguel Obando y Bravo nicht mehr im staatlichen nicaraguanischen Fernsehen übertragen.

Am 1.1.1986 war der katholische Kirchensender "Radio Catolica" geschlossen worden; er hatte sich geweigert, die Neujahrsansprache des Präsidenten der Republik Nicaragua, Daniel Ortega, zu übertragen, wozu alle Stationen Nicaraguas durch Gesetz verpflichtet sind. (Es gibt 51 Rundfunksender in Nicaragua, davon 34 in privater Hand.)

Dem Direktor der Station, zugleich Sprecher der erzbischöflichen Kurie und rechte Hand von Kardinal Obando y Bravo, Bismarck Carballo, wurde Ende Juni 1986 die Wiedereinreise nach Nicaragua verweigert. Er hatte gerade eine ausgedehnte Reise durch Frankreich, Italien, Holland und verschiedene Städte der USA beendet, wo er stets die Aggression der Reagan-Regierung gegen Nicaragua gerechtfertigt hatte. Am 28. Juni erhielt der Priester auf dem Flugplatz von Miami die Botschaft mit dem Einreiseverbot für Nicaragua. Drei Tage vorher hatte der US-Kongreß die 100 Millionen Dollar für die Contras bewilligt.

Am 4. Juli 1986 wurde aus den gleichen Gründen Pablo Antonio Vega, Bischof von Chontales und Stellvertretender Vorsitzender der nicaraguanischen Bischofskonferenz, von der nicaraguanischen Regierung "ersucht", das Land umgehend zu verlassen. - Belege für eine Verfolgung der Kirche durch den Staat?

Zum Verhältnis von Staat und Kirche äußert sich der nicaraguanische Innenminister Tomas Borge in dem unten abgedruckten Interview mit Gregorio Selser. Das Interview erschien am 14.3.1986 in der sandinistischen Tageszeitung "Barricada". Tomas Borge ist der einzige noch lebende Mitbegründer der 1961 gegründeten FSLN (Nationale Sandinistische Befreiungsfront).

Eine Station des Konflikts: Der Papstbesuch

In der Auseinandersetzung Kirche-Staat spielt die Haltung von Papst Johannes Paul II. eine bedeutende Rolle. Eine wichtige, wenn auch nicht die erste Station des Konflikts, ist sein Besuch in Nicaragua im März 1983.

Bei seiner Begrüßung auf dem Flugplatz von Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, am 4. März 1983 entzog der Papst dem Priester und Kultusminister Ernesto Cardenal die Hand, als dieser, vor dem Papst knieend, den Ring des Papstes küssen wollte. Vor den laufenden Kameras der Weltpresse erhob der Papst stattdessen ermahnend den Zeigefinger und sprach offensichtlich erregt auf Ernesto Cardenal ein. Bei der anschließenden Messe auf dem Platz des 19. Juli in Managua enttäuschte der Papst die Mehrzahl der Gläubigen dadurch, daß er weder vom Frieden für Nicaragua sprach, noch die von der Contra ermordeten "Helden und Märtyrer" Nicaraguas erwähnte. Am Vorabend der Ankunft des Papstes hatten Tausende von Nicaraguanern die Leichname von 17 jugendlichen Reservisten bestattet, die durch die Contra-Organisation FDN ermordet worden waren. Während der Messe am 4. März baten die Mütter der Gefallenen den Papst um ein Gebet für ihre Söhne. Der Papst ging auf diese Bitte nicht ein. Die Mütter der Gefallenen hielten mit ihrer Enttäuschung darüber nicht hinter dem Berg. Die Rufe "Wir wollen Frieden", "Zwischen Christentum und Revolution gibt es keinen Widerspruch", "Alle Macht dem Volk" und andere wurden immer lauter, so daß der Papst für seine Ansprache um Ruhe bitten mußte - ein einzigartiges Vorkommnis in der Geschichte der Papstreisen. Johannes Paul II. verließ den Platz, ohne einen Segen für die Leidtragenden gewährt zu haben. Seine Rede war darauf abgestimmt gewesen, der Hierarchie den Rücken zu stärken und den Christen, die die nicaraguanische Revolution unterstützten, die Legitimation zu entziehen.

In seinem Augenzeugenbericht schreibt Pedro A. Ribeiro de Oliveira, Lehrer an einer Theologischen Hochschule der Franziskaner in Brasilien: "Das nicaraguanische Volk fühlte sich beleidigt und gedemütigt" und "daß die Menge traurig und niedergeschlagen den Platz des 19. Juli verließ. Man fühlte sich an die Anhänger einer Fußballmannschaft erinnert, die gerade das Endspiel verloren hatte." (In: Sölle/Goldstein. Dank sei Gott und der Revolution. Reinbek 1984).

Zufrieden mit diesem Papstauftritt war die antisandinistische nicaraguanische Opposition, insbesondere auch der Bischof von Managua, Obando y Bravo, der inzwischen zur wichtigsten Gestalt der rechten Opposition in Nicaragua geworden ist. Er fühlte sich durch den Besuch in seiner kirchlichen Macht und seiner politischen Anschauung gestärkt.

Zwei Jahre später, am 25. April 1985, ernannte der Papst den Bischof Obando zum Kardinal von Zentralamerika, obgleich vor Ort Einmütigkeit darüber herrschte, daß der Erzbischof von El Salvador, Arturo Rivera y Damas, der Geeignetere und Würdigere für den Kardinalshut gewesen wäre. Dadurch, daß der Papst die konfliktträchtigste Figur unter den Erzbischöfen Mittelamerikas auswählte, bekannt für seine Verflechtungen mit den politischen Ereignissen in Nicaragua und für seine systematische Kritik an der sandinistischen Regierung, setzte er ein deutliches politisches Signal. Zum Scherz sagt man in Nicaragua, Obando sei Dank der Revolution zum Kardinal geworden. (Vgl. Mittelamerika Magazin Nr. 55, Juli 1986.) Die Abwesenheit der mittelamerikanischen Bischöfe beim Empfang des neuen Kardinals auf dem Flugplatz in Managua am 15. Juni 1985 wird als Ausdruck ihrer Unzufriedenheit mit der Ernennung gedeutet.

Kardinal Obando y Bravo

Aus Rom zurück hielt Obando y Bravo seine erste Messe als Kardinal nicht auf mittelamerikanischem Boden, sondern am 13. Juni 1985 in Miami/USA vor ca. 5000 Personen, in der Mehrheit Exil-Kubaner und -Nicaraguaner, unter ihnen die führenden Contras Adolfo Calero und Arturo Cruz (FDN) sowie Eden Pastora (damas ARDE). Ihre Anwesenheit wurde während der Messe öffentlich bekanntgegeben – ein Affront gegen die Gläubigen und die Regierung, die in Nicaragua auf den Kardinal warteten.

Einen weiteren politischen und kirchlichen Skandal verursachte Obando, als er die USA just in dem Augenblick besuchte, als dort Präsident Reagans Kampagne lief, um vom US-Parlament 100 Millionen Dollar zur Unterstützung der Contra bewilligt zu bekommen. Am 20.1.1986 war Obando y Bravo nach Washington und später nach New York gereist, wo er vor UNO und OAS die sandinistische Regierung des Totalitarismus beschuldigte, der Kirchenverfolgung und des Versuchs, die Kirche zum Schweigen zu bringen.

Zur Rechtfertigung seines Anliegens konnte Reagan in seiner Rede vom 18. März 1986 den Kardinal wörtlich zitieren: "Wir erklären eindeutig, daß diese Regierung totalitär ist, wir bilden eine Front gegen den Feind der Kirche."

Die durch die Revolution von der Macht vertriebenen Kreise können systematisch den Raum der Kirche nutzen, den Papst und Kardinal ihnen bieten, um in Nicaragua als Ergänzung zur militärischen Aggression von außen eine "Innere Front" zum Sturm der Regierung aufzubauen. Trotz alledem hat die Regierung Nicaraguas gegen Kardinal Obando y Bravo persönlich bisher keine Maßnahmen ergriffen.

Am 26. Januar 1986 wurde Daniel Ortega bei einer Versammlung von Bauern in Pueblo/Nordnicaragua wiederholt gefragt, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen werde gegen das Verhalten von Kardinal Obando, der den amerikanischen Präsidenten Reagan dabei unterstütze, mehr finanzielle Hilfe für die "somozistischen Söldner", die Contra, vom US-Kongreß genehmigt zu bekommen. Ortega versicherte damals, daß es in Nicaragua keine Religionsverfolgung gibt mit Ausnahme der Verfolgung, die die katholische Hierarchie gegenüber den Priestern und Ordensleuten ausübt, die auf Seiten der Revolution stehen. In der Tat gibt es zahlreiche Beispiele, daß fortschrittliche Geistliche von ihrem Posten abgelöst oder in entlegene Gebiete versetzt wurden. (Vgl. TAZ vom 2.7.1986.) Auch existiert eine Liste des Vatikans, erstellt unter Kardinal Ratzinger, mit den Namen von ca. 150 Theologen, die im Verdacht stehen, mit der Theologie der Befreiung zu sympathisieren, und deshalb aus Nicaragua ausgewiesen werden sollen. Der Vatikan übt entsprechenden Druck auf die Leitung von Dominikanern, Franziskanern, Jesuiten und anderer Orden aus.

Bei der Bauernversammlung fuhr Daniel Ortega fort: "Noch werden wir nichts gegen den Kardinal unternehmen, sondern wir denken, daß er seine politische Position ändern muß. Statt Hilfe für die Contras zu erbitten, sollte er vor Reagan die Verbrechen anklagen, die sie begehen. In die religiösen Angelegenheiten können wir uns nicht einmischen, aber wir glauben, daß er seine politische Position berichtigen könnte. Statt sich daran zu beteiligen, daß man der Konterrevolution mehr Millionen gibt, um weiterhin Schulen und Kindergärten zu zerstören und Euch Bauern zu töten, sollte er Herrn Reagan bitten, daß er seine verbrecherischen Angriffe auf unser Volk einstellt.... Wir haben Kardinal Obando öffentlich gebeten, daß er die Verbrechen der Konterrevolution anklagt, daß er die Irrtümer kritisiert, die wir in unserer Regierung begehen können, daß er aber auch die Barbarei der somozistischen Söldner anklagt. Doch das hat er niemals gemacht!" (In den letzten Jahren wurden durch die Contra etwa 15000 Menschen getötet, davon 879 Kinder unter 12 Jahren (Juli 86). Schulen und Gesundheitszentren wurden zerstört, Lehrer gezielt ermordet und entführt, über 800 Schulen mußten wegen Bedrohung geschlossen werden. Nicaragua hat 3 Millionen Einwohner.)

Bischof Pablo Antonio Vega

Hans-Ulrich Klose schreibt in seinem "Bericht über eine

Informationsreise zur Lage der Menschenrechte in Zentralamerika" vom 22.1.1986, daß ihm von Bischof Vega in aller Offenheit seine Sympathie für die Contras bekundet wurde. (Klose/Rosen-Bericht, S. 34).

Am 19.9.1985 besuchte Bischof Vega Bonn und rechtfertigte dort die Unterstützung der Contra. Er versicherte, die Kirche in Nicaragua werde verfolgt, und seine Erklärungen trugen mit dazu bei, daß die Entwicklungshilfe für Nicaragua eingefroren wurde.

Am 5.3.1986 reiste Vega auf Einladung der vom CIA finanzierten ultrakonservativen "Heritage Foundation" in die USA. Die Stiftung hatte schon im Februar 1982 in einem Strategiepapier vier Leitlinien formuliert, deren Umsetzung die sandinistische Regierung zu Fall bringen sollte. In Washington teilte Bischof Vega mit Arturo Cruz, Adolfo Calero und Enrique Bermudez, also der politischen und militärischen Führung der Contras, das Podium. Bermudez, Ex-Oberst in der Nationalgarde des Diktators Somoza, ist heute militärischer Führer der FDN. Mit gezielten Falschmeldungen über die Sandinisten, z.B. daß sie drei Priester ermordet hätten, versuchte er Einfluß zu nehmen auf die laufenden Kongreß-Debatten über die 100-Millionen-Dollar-Hilfe für die Contra. Dieses Treffen hat bei vielen Priestern, Ordensleuten und Laien in Nicaragua große Bestürzung hervorgerufen. Leiter der christlichen Basisgemeinden in Nicaragua beklagten voll Empörung dieses Ereignis, das "unseren religiösen Führern die moralische Autorität raubt". Julio Sequeira, Leiter einer christlichen Kolonie, meinte, daß Vega als Bischof "ein Beispiel geben und über sein Volk die Wahrheit sagen muß; wenn er mit der Revolution nicht einverstanden ist, gibt ihm das nicht das Recht, solche Ungeheuerlichkeiten über angebliche Priestermorde in Nicaragua zu verbreiten. Was für eine Lüge! Was für eine Sorte Hirten haben wir, er ist ein falscher Prophet!"

Bis zum Juni 1986 wurden solche Auftritte der beiden hohen Kirchenführer weitgehend geduldet. Die Situation änderte sich mit der Bewilligung der 100 Millionen Dollar für die Contra (am 25. Juni 1986). Das Einreiseverbot für Bismarck Carballo war ein deutliches Signal der Regierung – die Botschaft war klar, aber Bischof Vega hörte sie nicht. Am 2. Juli berief er eine Pressekonferenz in den Club der ausländischen Journalisten und wiederholte dort seine Vorwürfe: Wenn die USA einmarschierten, so seien die Sandinisten dafür verantwortlich. Es seien die Sandinisten, die die Menschenrechte verletzen, nicht die

Contras. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag sei parteiisch, weil er die Nicaragua-Politik der USA verurteilt habe.

Diese Konferenz war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte: Am 4. Juli verordnete die Regierung die Ausweisung des Bischofs. Präsident Ortega sagte in einer Ansprache dazu: "Wir hatten keine Alternative". Der Bischof könne nach Nicaragua zurückkehren, sobald im Lande wieder Frieden herrsche. Die Regierung könne es nicht zulassen, daß die Meinungsfreiheit für die Unterstützung des Terrorismus mißbraucht werde. (FR 7.7.1986.) "In Nicaragua gibt es keine Verfolgung der Kirche und wird es sie nie geben", erklärte der Präsident. Man habe nicht den Bischof ausgebürgert, sondern die Person Vega.

Die Geschichte zeigt, daß es sich im Grunde nicht um einen Konflikt zwischen Kirche und Staat handelt, sondern um einen Konflikt zwischen verschiedenen politischen Parteien, der auch die Kirche selber tief spaltet. Bestimmte Kreise haben ein Interesse daran, daraus einen Konflikt "Kirche-Staat" zu konstruieren, um der Regierung Nicaraguas kirchenfeindliche Absichten unterstellen zu können. Auf der anderen Seite sind es gerade auch kirchliche Kreise, die die Reagan-Regierung wegen ihrer Nicaragua-Politik hart angreifen.

Im Namen Gottes: Hört auf mit den Lügen und Morden

Im November 1984 besuchte eine Delegation des Nationalen Rates der Kirchen der USA Nicaragua, vor allen Dingen auch, um den Vorwurf der religiösen Diskriminierungen in Nicaragua zu überprüfen. Die Anschuldigungen, sagten sie nach ihrem Besuch, seien ohne jeden Wahrheitsgehalt, der Vorwurf der Religionsverfolgung "lächerlich".

Im Frühjahr 1985 hielt sich eine Woche lang eine Delegation des lateinamerikanischen Kirchenrats in der Bundesrepublik auf. Auf einer Pressekonferenz am 6.5.1985 in der Kanzlei der EKD in Hannover sagten die Delegierten aus Argentinien, Brasilien, Costa Rica und Nicaragua, alle Behauptungen, mit denen US-Präsident Reagan seine aggressiven Handlungen gegen Nicaragua begründe, seien Lügen. (FR 7.5.1986.)

Im Februar 1986 haben über 200 religiöse Führer aus den USA in einer Note den unerklärten Krieg der USA gegen Nicaragua angeklagt: "Im Namen Gottes, hört auf mit den Lügen, hört auf mit den Morden!" war der Titel des Doku-

ments, veröffentlicht am 4.3.1986 in Washington. ("In the name of God, stop the lies, stop the killings.")

Die Zermürbung Nicaraguas

Seit Jahren bemüht sich die Reagan-Regierung darum, auch in Europa die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, daß ihre aggressive Mittelamerikapolitik breitere Unterstützung findet. Nach wie vor ist es das erklärte Ziel der amerikanischen Administration, die sandinistische Regierung Nicaraguas zu stürzen. Das Pentagon will die Kontrole über die Länder Mittelamerikas nicht und Beherrschung der Karibik nicht zuletzt damit, daß für einen Krieg in Europa oder Nahost mehr als 85% des Nachschubs von hier aus über den Atlantik geschickt würkeit für unseren Handel und für unsere militärischen Verberühmten "Krieg-der-Sterne-Rede" vom 28.3.1983.

Die mangelnde Bereitschaft in vielen Ländern Europas, die amerikanischen Bombenangriffe auf Libyen Mitte April 1986 gutzuheißen, zeigte, daß die aggressive Politik der Regierung Reagan in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung (noch) keinen Rückhalt findet. Deshalb die massiven Bemühungen, die öffentliche Meinung in der Welt und speziell in Europa Stück für Stück zu verändern, um einen weltweiten Aufschrei der Empörung zu verhindern, wenn es zum Sturz der Regierung Nicaraguas kommen sollte. Die Sandinisten sollen als kommunistisch, kirchenfeindlich, terroristenfreundlich und diktatorisch dargestellt werden, als ein Regime, das vielleicht mit besten Absichten angetreten sei, um das es aber nun doch nicht besonders schade ist, wenn es gestürzt wird. Auf allen Ebenen soll Nicaragua zermürbt werden: wirtschaftlich, z.B. durch den verhängten Handelsboykott, physisch durch die Morde der Contras an Bauern, Lehrern, Krankenschwestern, politisch und sogar religiös durch gezielte Desinformation: Die Anweisungen dazu findet man u.a. in dem CIA-Handbuch, das auch von der Contra benutzt wird: "Psychologische Operationen im Guerillakrieg" ("Psychological Operations in Guerilla Warfare"). Im Vorwort heißt es: "Im Konzept des Guerillakrieges sind die psychologischen Operationen der entscheidende Faktor. Das Ziel sind die Köpfe der Bevölkerung". Und weiter hinten: "Unsere Kader des psychologischen Krieges werden bei öffentlichen Versammlungen und in informellen Gesprächen Zwangsvorstellungen hervorrufen, indem sie den Leuten ständig die gleichen Themen einhämmern und Umzufriedenheit schüren. Sie verteilen Flugblätter und schreiben Beiträge für Radiosender und Zeitungen, um die Meinung des Volkes für den entscheidenden Moment vorzubereiten, in dem die allgemeine Gewalttätigkeit ausbricht." Im Anhang wird eine lange Liste von erprobten Standardformulierungen vorgestellt, die in Reden und Artikeln eingebaut werden können. Eine von den vorgeschlagenen Parolen ist: "Mit Gott und Patriotismus besiegen wir den Kommunismus". Als am 25. Juli 1982 in San Francisco del Norte im Westen des Landes 14 Bauern von der FDN-Contra ermordet wurden, hinterließ die Contra diesen Spruch zum ersten Mal an den Wänden. Und als am 30.April 1983 eine Gruppe Contras im Norden Nicaraguas einen Hinterhalt zwischen Zompompera und Pantasma legte, geriet u.a. ein hellblauer Jeep mit 13 Insassen, darunter drei Krankenschwestern und der deutsche Arzt Tonio Pflaum aus Freiburg, in diese Falle. Nachdem die Frauen vergewaltigt und später alle 13 Personen erschossen worden waren, wurde wieder gerufen: "Mit Gott und Patriotismus stürzen wir den Kommunismus".

"Die Meinung des Volkes für den entscheidenden Moment vorbereiten", das ist die Aufgabe, die das CIA-Handbuch an die psychologische Kriegsführung stellt, und dazu gehört auch die immer wieder wiederholte Behauptung von der Verfolgung der Kirche in Nicaragua und die 1985 angelaufene Kampagne in Europa.

Desinformationskampagne in Europa

Mit Unterstützung des CIA sollte die Contra ihre Arbeit in Europa verstärken. Der erste Schritt zu verstärkter Arbeit in Europa war ein Treffen, das am 10./11. Februar 1986 in Madrid stattfand, auf dem das politische Führungsgremium der Vereinigten Contra ("UNO", Vereinigte Nicaraguanische Opposition), Arturo Cruz, Alfonso Robelo und Adolfo Calero mit ihren europäischen Freunden das Vorgehen in Europa diskutierten. Aus der Bundesrepublik waren als Referenten geladen: Edmund Moser, der als Kontaktmann zur Konrad-Adenauer-Stiftung gilt, Freiherr Götz von Houwald, ehemaliger Botschafter in Nicaragua, und Miguel Castro Frenzel. In einem Memorandum vom 21.2.1986 heißt es: "Die wesentliche Absicht der Kampagne ist es, die öffentliche Meinung in Europa, besonders in Spanien, Frankreich und der Bundesrepublik, im Hinblick auf die nicaguanische politische Entwicklung zu verändern." Dazu will die Contra die Kontakte zu den wichtigsten Zeitungen und Journalisten verstärken, die-

se z.B. nach Nicaragua auf Kosten der Contra einladen. Sie will sich um sogenannte "Opinion Leaders", also Politiker, Schriftsteller, Funktionäre aus Unternehmerverbänden und Gewerkschaften bemühen. Prominente aus Nicaragua und Lateinamerika sollen nach Europa reisen, um auf Treffen, Seminaren und Pressekonferenzen die Desinformationskampagne zu stützen. Das Memorandum gibt an, daß monatlich ungefähr 100.000 Dollar für diese Aktivitäten in Europa zur Verfügung stehen werden. In der Einschätzung der Lage in der Bundesrepublik wird wohlwollend die veränderte Position der SPD gewürdigt und die seit 1981 zunehmend kritische Berichterstattung der deutschen Zeitungen in Bezug auf Nicaragua. Als besonderes Problem wird es betrachtet, daß viele pro-sandinistische Gruppen in Verbindung mit der Kirche stehen, die eine große Glaubwürdigkeit besitzt.

Nur in diesem Zusammenhang wird verständlich, warum die amerikanische Regierung und die Contra ein großes Interesse daran haben, die sandinistische Regierung als kirchenfeindlich in Verruf zu bringen.

Die Entwicklung der letzten Zeit

Ein Sonntagvormittag in Santo Domingo, etwa 10 km außerhalb Managuas in Richtung Süden gelegen. Die Kirche ist voll. Der Oberhirte der nicaraguanischen katholischen Amtskirche Obando y Bravo, indianischer Herkunft, betritt das nicht sehr große Kirchenschiff. Beifall brandet auf. Der Kardinal legt vor dem Altar seine Stola an, segnet die Anwesenden und nimmt auf dem Kardinalsstuhl Platz. Die Messe beginnt. Kleinkinder weinen, einige schreien, es sind die Kinder aus der nicaraguanischen Mittelschicht, die jeden Sonntag zur Messe des Kardinals kommen, die seit der Zerstörung der großen Kathedrale von Managua im Erdbeben 1972 nicht mehr dort stattfinden kann. Bauern sind kaum dort, auch nur wenige Arbeiter. Die Nicaraguaner seien Christen, predigt der Kardinal, und widmeten sich der Jungfrau Maria. Die Nicaraguaner seien eine Familie. Herr, wir bitten um eine Erleuchtung um Einheit mit Dir und um Versöhnung. Obando y Bravo hält an diesem Sonntagvormittag eine bemerkenswert zurückhaltende Rede, und diejenigen, die sich von ihm, wie schon häufig vorher geschehen, scharfe Angriffe gegen die sandinistische Regierung des Daniel Ortega erwartet hatten, werden enttäuscht. Die Ausweisung der beiden prominenten Kirchenleute im vergangenen Jahr und die gleichzeitige Bereitschaft der sandinistischen Regierung, mit dem katholischen Klerus zu sprechen, hat den Vatikan bewogen, Obando y Bravo wenigstens

vorerst an die kurze Leine zu legen.

Kurze Zeit nach der Ausweisung änderte der Vatikan seine Politik, die Stelle des Vatikan-Botschafters in Managua wurde neu besetzt. Mit dem italienischen Erzbischof Paolo Giglio traf am 28. Juli 1986 ein neuer Nuntius ein. der nicht nur ein Mann des Ausgleichs, sondern auch ein Mann mit bemerkenswert guten Kontakten zu den Sandinisten ist, was es denen wiederum rascher ermöglichte, mit den Vertretern der katholischen Kirche in Gespräche über die Beziehungen von Staat und Kirche einzutreten. Am 2. August 1986 schlug Präsident Ortega während einer Reise durch die USA vor, sofort einen "freien und offenen Dialog" mit dem Vatikan zu beginnen und lud die Bischöfe ein, sich noch im selben Monat mit ihm zu treffen. Der Nuntius seinerseits forderte den US-Präsidenten auf, endlich ein Gespräch mit Präsident Ortega zu akzeptieren und warnte Reagan vor einer US-Intervention in Nicaragua. Gleichzeitig bot er seine Vermittlung an, um ein Gespräch zwischen Managua und Washington zu ermöglichen. Für den 27. September 1986 arrangierte Paolo Giglio eine Begegnung zwischen Präsident Ortega und Kardinal Obando. Man kam überein, die Kommission für den "Interinstitutionellen Dialog" wiederzubeleben, der im Oktober 1985 abgebrochen worden war. Man beschloß, Leitlinien für die künftigen Beziehungen auszuarbeiten und dabei punktuelle Probleme (z.B. die Rückkehr von Vega und Carballo) auszuklammern. Beide Sei-+) ten bewahrten absolutes Stillschweigen über das Gespräch.

Seit der Ankunft des neuen Nuntius vermeidet auch die katholische Bischofskonferenz die Konfrontation mit der Regierung und selbst Obando y Bravo mäßigte seine Redeweise. Als im November 1986 eine Woche lang der große Nationale Eucharistische Kongreß mit teilweise über 2000 Besuchern in Nicaragua stattfand, bat die Bischofskonferenz erstmals die sandinistische Polizei darum, für die Sicherheit des Kongresses zu sorgen. Bis dahin hatte sich die Bischofskonferenz stets geweigert, staatliche Organe um Hilfe zu bitten. Politische Attacken auf die sandinistische Regierung unterblieben, und die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) ihrerseits veröffentlichte am 22. November in ihrer Zeitschrift "Barricada" einen

+) Nach Mitteilung des nicaraguanischen Ministers Rene Nunez Tellez darf die katholische Rundfunkanstalt unter bestimmten Bedingungen bald wieder ein Programm ausstrahlen, können Bischof Pablo Vega und Rundfunkchef Bismarck Carballo wieder nach Nicaragua einreisen (FR v. 12.2.1987). Leitartikel, in dem sie den Respekt vor dem Glauben und den religiösen Traditionen des Volkes erneuerte und ihren Willen bekräftigte, den Dialog mit der Kirche fortzusetzen.

Man sollte nun allerdings angesichts dieser Entspannung der Situation nicht gleich in Euphorie ausbrechen. Der Vatikan hat im Grunde genommen nur angesichts des konsequenten und erfolgreichen Vorgehens der sandinistischen Regierung seine Taktik geändert, nicht jedoch seine grundsätzliche Einstellung. Der Vatikan erkennt die starke Position der Regierung an und handelt nun entsprechend dieser Gegebenheit.

Auf einem Treffen der christlichen Mittelamerika-Solidaritätsgruppen in Walldorf bei Frankfurt am 21. und 23. März 1986 wurde die Situation so eingeschätzt: Der Vatikan strebt ein Konkordat mit der nicaraguanischen Regierung an. Offensichtlich soll Obando y Bravo vom Image des Oppositionsführers wegkommen. Der seelsorgerlich-sakramentale che verhält sich politisch abstinent, erstrebt aber im Gegenzug mehr Rechte der Bischofskonferenz gegenüber den Basisgemeinden und den ausländischen Priestern der verschiedenen Orden im Lande. Da viele (Ordens-)Priester ohne bischöfliche Berufung in den Basisgemeinden wirken, könnte deren Spielraum dann stark eingeengt werden. Das heißt, daß der Preis der Entspannung für die Iglesia Popular, die Volkskirche, durchaus sehr hoch werden könnte.

Literatur:

- Andreas Müller/Bruno Kern. Katholische Kirche Nicaraguas in der Zerreißprobe. In: Greinacher/Hippler/Peltzer (Hg.) Herausforderung im Hinterhof. Das neue Nicaragua Eine Bestandsaufnahme. Wuppertal 1986.
- Informationsbüro Nicaragua u.a. (Hg.) ... aber es bleibt keine Wahl. Nicaraguas Kirchen im Konflikt. Wuppertal 1986.
- Mehr Informationen über Nicaragua: Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 56 Wuppertal 1.
- Christliche Initiative O.A. Romero, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 44 Münster.
- Verein Monimbo, Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach.

Spenden

Informationsbüro Nicaragua e.V., Konto 976738, Stadtsparkasse Wup-

pertal, BLZ 330 500 00. Stichwort: "Nicaragua muß überleben".

Spenden für das gemeinsame Nicaragua-Projekt: Postgiro des Bundes der Religiösen Sozialisten Dortmund 189389 - 464.

Brief des Erziehungsministeriums

Erziehungsministerium

"1987: Hier gibt niemand auf" Managua, 3. März 1987

Genossin Monica Peping persönlich

Geehrte Genossin,

wie vereinbart erweitern wir die Information über das Pädagogische Institut "José Martí":

Der Betrieb des Pädagogischen Instituts "José Marti" (Lehrerbildungsanstalt) und seine Niederlassungen sind die folgenden:

- 1) Der Sitz ist in Matagalpa, wo 270 Studenten an Berufsausbildungskursen teilnehmen. Dieser verfügt über einen Direktor und drei Subdirektoren, und über Lehrpersonal von 23 Genossen.
- 2) Es gibt drei Niederlassungen:
 - 2.1) Die Niederlassung von Jinotega, wo 370 Lehrer an Berufsausbildungskursen teilnehmen. Sie verfügt über einen Subdirektor und das Lehrpersonal, das für die Arbeit unerläßlich ist.
 - 2.2) Die Niederlassung von La Dalia, wo 170 Lehrer an Berufsausbildungskursen teilnehmen, unter der Leitung eines Koordinators, mit Unterstützung eines Subdirektors des Hauptsitzes der Lehrerbildungsanstalt und des entsprechenden Personals.
 - 2.3) Die Niederlassung von Matiguas, wo 170 Lehrer an Berufsausbildungskursen teilnehmen, geleitet von einem Koordinatur mit Unterstützung desselben Subdirektors des Hauptsitzes, der in La Dalia mitarbeitet.

Das Rektorat ist der Direktionsrat, gebildet vom Direk-

tor, der ihn koordiniert, und seinen drei Subdirektoren, unter Teilnahme der Koordinatoren von La Dalia und Matiguas.

Der Direktor hat die Hauptleitung der Arbeit und wird von einem Subdirektor unterstützt bei der Arbeit am Hauptsitz, von einem anderen Subdirektor für Jinotega und von einem dritten für die Aufsicht in La Dalia und Matiguas.

Was den Bau der 6 Räume betrifft, betrachten wir es als notwendig, den Hauptsitz zu vergrößern, was es erlaubte, auf die große Nachfrage durch die regulären Kurse und durch die Berufsausbildungskurse zu antworten. Die Kosten für den Bau der genannten Räume, inklusive Mobiliar, betragen 20.000,-- US Dollar.

Wir wären über eine Mitteilung dankbar, wenn Sie beim Bau von allen Räumen oder von einem Teil derselben mitwirken könnten.

Erfreut über Ihre Solidarität grüßen wir Sie brüderlich.

Gustavo Hernandez Garcia Generalsekretariat Erziehungsministerium (Unterschrift u. Stempel)

cc: Archivo Cronológico. GHG/la

Erika Solle

REALIST UND VISIONÄR Nachruf auf Johannes Harder

Er war ein auffälliger, außergewöhnlicher Mensch. Am 7.3.1987 ist er gestorben. Auch wenn er 84 Jahre alt war, so kam doch sein Tod (Hirnschlag nach einer Erkältung) plötzlich und unerwartet.

Wer ihn einmal hörte und sah - z.B. bei einer der Friedenskundgebungen, auf denen er bis ins letzte Lebensjahr hinein als Redner und Disputant auftrat -, der konnte ihn schnell kennenlernen. Harder machte keine Umschweife, sparte nichts auf und nichts aus und kam sogleich zu seiner Sache.

In Johannes Harders Leben paßte alles zusammen: die Aufmerksamkeit für die Verhältnisse in seiner Umgebung und die wache Auseinandersetzung mit ihnen. Es begann mit seiner Kindheit und Jugend in Rußland, in einer deutschen Mennonitenfamilie, die "weit draußen in der Steppe" siedelte. Diese frühe Lebensepoche schien ihn selbst zum "Sohn der Steppe" gemacht zu haben. Dann das Studium in Königsberg (Wirtschaft, Philosophie, Slawistik), aktive Teilnahme an der deutschen Jugendbewegung, das Leben auf den Brüderhöfen in Thüringen und der Rhön, als einer der ersten Religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit Verlagsarbeit in Hamburg. In der Hitlerzeit war Johannes Harder im Reisedienst der Bekennenden Kirche, nach 1945 dann Professor für Sozialwissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Wuppertal. Bis zuletzt war er Ältester der Mennonitengemeinde Frankfurt und auf religiös-sozialistischen Tagungen der Interpret Christoph Blumhardts. Die Liste seiner Veröffentlichungen ist lang und vielfältig: Theologie, Politik, Pädagogik, und daneben Übersetzungen aus der russischen Literatur (z.B. Nikolai Lesskow) und eigene erzählerische Werke. Besonders bekannt wurde "Der deutsche Doktor von Moskau", der Lebensroman über den aus der Eifel stammenden Arzt Friedrich Joseph Haas (Stuttgart 1940), und die Herausgabe der drei Bände "Christoph Blumhardt - Ansprachen, Predigten, Reden, Briefe 1865-1917" (Neukirchen-Vluyn 1978).

Welche Worte fallen mir ein, um den Menschen Johannes Harder zu beschreiben, den kleinen, lebhaften, sprachgewaltigen, tiefgründigen und konsequenten Mann, dessen Interesse dem Menschen in seinen Lebensverhältnissen und in seiner Bestimmung galt? Er war kämpferisch und pazifistisch zugleich, Mittelpunkt und "für andere da", aber alles ganzheitlich und glaubwürdig. Dies schreibt jemand, der von ihm nachhaltig beeinflußt wurde: Im Seminar in Wuppertal, auf Exkursionen und Tagungen, bei der Zusammenarbeit im Sozialausschuß des ASTA Wuppertal, auch bei Kneipenrunden (mit Matjes und Doornkaat) und bei den Besuchen in Harders großer Familie. Ich habe viel mitbekommen für mein Leben und meine Arbeit in der Schule, in der Erwachsenenbildung, in meiner Familie, in Gemeinden. Auch wenn ich den Professor später nicht wiedergetroffen hätte, wäre mir immer präsent gewesen und bestätigt worden, was er zu sagen hatte und selbst glaubwürdig lebte: das Bekenntnis zur Welt, zum Menschen und zur Geschichte; die Erkenntnis, daß Christen und Sozialisten als "Weltvolk" zusammengehören; die Ermahnung, sich keine Feindschaften einreden zu lassen; die Sensibilität gegenüber Unrecht und Elend in jeder Form;

die Kritik an fragwürdiger "Frömmigkeit"; die Aufmerksamkeit gegenüber vor allem dem frühen Marx, gegenüber Max Weber, Kierkegaard, Dostojewski und vieles andere mehr.

Johannes Harder war Realist in der Beurteilung gesellschaftlicher Zusammenhänge, zugleich aber Visionär im Glauben, d.h. in der tiefen Hoffnung, daß – um Gottes willen – kein Mensch endgültig verloren sein würde.

Zu dem allen gehört seine knarrende Sprechweise, das unverwechselbare harte Deutsch der Rußlandsiedler, aber auch die plastische und drastische Formulierung, die provozierende Schlagfertigkeit, der hintergründige Witz, das temporeiche spannende Erzählen, mal mit erhobener Stimme, mal intensiv leise, das es knisterte. Ein besonderes Erlebnis war es ihn predigen zu hören, z.B. über Micha 6,8: "O Mensch, es ist dir gesagt, was gut ist ..."

Über der Anzeige seines Sterbens und seiner Beerdigung stehen die beiden Worte aus den Evangelien, die für Johannes Harder zusammengehören: "Ich bin das Licht der Welt" und "Ihr seid das Licht der Welt".

Der Kampf gegen alles, was des Menschen unwürdig ist, das Beispiel an Entschiedenheit und Solidarität und die Hoffnung auf die Friedensbewegungen der Jugend der Welt - das bleibt denen, die um Johannes Harder trauern.

Erhard Griese

RELIGIÖSER SOZIALISMUS UND DIE BIBEL Tagung des Leonhard-Ragaz-Instituts

In der Evangelischen Akademie Arnoldshain fand vom 20.-22.2.1987 eine sehr gut besuchte Tagung des Darmstädter Leonhard-Ragaz-Instituts statt. Fast 100 Teilnehmer konnten fünf von Thema und Referent her verschiedene, aber einander hervorragend ergänzende Beiträge hören und in Arbeitsgruppen mitarbeiten. Eine erfreuliche, rundum gelungene Veranstaltung, die Geschichte und Gegenwart des Religiösen Sozialismus ins Blickfeld rückte. Der Studiengenossenschaft des Instituts, voran Karlheinz Lipp als Tagungsleiter, sei für die Mühe gedankt und zum Erfolg gratuliert.

Zum Einstieg gab der nur zwei Wochen nach der Tagung verstorbene Johannes Harder, einer der engagierten Religiö-

sen Sozialisten seit der Weimarer Zeit, eine temperamentvolle Darstellung Christoph Blumhardts. Er stellte das "Reich Gottes" in die Perspektive von Schöpfung, Gottesebendbildlichkeit des Menschen und Menschwerdung Gottes. "In der Geschichte des Christentums wird durch die Flucht in ein Jenseits die Wirklichkeit Gottes, nämlich seine Inkarnation, praktisch geleugnet." Blumhardt steht in der Tradition der ersten Pietisten des Schwabenlandes, für die Oetingers Wort spricht: Leiblichkeit ist das Ende der Wege Gottes. Darum betont Blumhardt, daß Gott sich seine Erde zurückholen will. Er braucht Menschen für sein Reich. Darum nicht "Sündenpredigt", sondern Heilspredigt. In dem Einen, Christus, sind alle mit Gott versöhnt. Der Mensch braucht und soll nicht "fromm" werden, sondern wahrhaft natürlicher Mensch. Reich Gottes ist Konsequenz der Schöpfung. Es ist ein Prozeß, der in der Bergpredigt proklamiert wird. "Wer Jesus hört, wird sein Bevollmächtigter. Jesus aber ist der Advokat der anderen." Darum schließt sich Blumhardt dem Sozialismus an. Als die Sozialdemokraten ihn wegen seines Eintretens für streikende Arbeiter mit offen Armen aufnehmen, sagt er: "Wenn ich komme, dann aber mit meinem Heiland." Harder gab die Reaktion der SPD damals wieder: "So ist's uns auch recht."

Wer von den Teilnehmern ahnte, daß es unsere letzte Begegnung mit Johannes Harder sein würde? Wir haben gelernt, Blumhardt über das osteuropäische Deutsch seines Hermeneuten Harder zu hören. So klingen uns seine Sätze im Herzen nach: "Die einzige Hölle ist der Jammer, den Menschen einander im Diesseits zufügen. – Wir müssen es den Menschen leichter machen, an Gott zu glauben. – Es gibt keinen Grund mehr, in dieser Welt böse zu sein. – Laßt euch von der Auferstehung erzählen, aber besser: seid Auferstandene!"

Mit besonderer Freude und Spannung wurde Peter Zimmermann aus Leipzig erwartet, der gerade über Emil Fuchs promoviert hat. Sein Vortrag "Bibel und Zeitgeschichte in der Weimarer Republik bei Emil Fuchs" war informativ und zugleich ein herzliches Bekenntnis zum Religiösen Sozialismus. Er wird in der "Neuen Stimme" und in "Christ und Sozialist" erscheinen.

Manfred Böhm, Kulmbach, verglich in seinem Beitrag die Bibelinterpretation bei Ragaz mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und stellte erwartungsgemäß interessante Parallelen fest. Gegenüber einer nur historisch-kritischen Exegese, die "Wahrheit an sich" in der

Relation Autor-Text feststellen will, betonen beide die 'gegenwartswirksame" Auslegung, in der Text und Rezipient in eine enge Beziehung treten, um "Wahrheit für mich" zu erarbeiten. Das vieldiskutierte Vorverständnis müßte in der Situation Lateinamerikas (und im Religiösen Sozialismus) besser als "Vor-Realität" bezeichnet werden, nämlich als die Realität des konkreten gesellschaftlichen Standortes. Im Unterschied zum Vorurteil, das unbewußt und unkontrolliert bleibt, ist sich dieses Vorverständnis gerade seiner historischen Relativität bewußt; es ist aber nicht statisch, sondern in Bewegung. Die Befreiungstheologie betont darum, daß die Bibel eine "reserva de sentido" enthält: mehr als das, was die Autoren hineinlegten. Dieser Überschuß an Sinn bietet sich dem Dialog mit dem Leser immer neu und unausschöpflich an. Die Bibel ist damit immer auch Gegenentwurf zum Faktischen. Der Vorwurf, die Ausleger würden nur jeweils ihr eigenes Vorverständnis wiederfinden, ist abwegig. Es geht vielmehr um die "Achse Bibel-Leben".

Historisch-kritische Arbeit ist damit in beiden Bewegungen nicht etwa abgedrängt oder verworfen; im Gegenteil, sie ist als Aspekt und Arbeitsschritt unentbehrlicher Schutz gegen Biblizismus und die Willkür allegorisierender Spielerei. Ragaz nennt sie in diesem Sinne "Grenzpolizei".

Wenn die Bibel Volksbuch statt Pfarrersbuch werden soll (Ragaz), wenn das Volk selbst zum Ausleger der Bibel aus seiner Situation heraus wird (Theologie der Befreiung) - was soll dann noch der Fachexeget, der Theologe?

Er wird nicht etwa arbeitslos - jedenfalls nicht deswegen. Von ihm wird der gesellschaftliche Standortwechsel erwartet. Das ist unverzichtbar. Nach diesem Wechsel eröffnen sich neue Aufgaben. Um diese zu beschreiben, griff Manfred Böhm auf Gramscis Begriff des "organischen Intellektuellen" zurück: In irgendeinem Sinne ist zunächst jeder Mensch Intellektueller, d.h. er denkt, deutet und spricht darüber. Nun gibt es den traditionellen Intellektuellen, der sich einer sozial freischwebenden, scheinbar unabhängigen Elite zugehörig versteht. Er täuscht sich über seine Abhängigkeiten von der herrschenden Klasse und den vorgegebenen Strukturen. Zum andern schafft sich jede Schicht oder Klasse ihre "organischen Intellektuellen", die nicht aus der sozialen Umgebung herausgehoben sind. Das gilt für die Oberschicht wie für das Volk oder die Randgruppen. Diese "organischen Intellektuellen" stärken und fördern die Intellektualität ihrer

Umgebung. Eine solche Rolle kann der Fachtheologe in seiner Option für die Armen übernehmen.

Konkret kann das bedeuten: 1. entfremdende Formen von Religion erkennen und aufdecken, 2. ein Klima für die "Auslegung durch alle" schaffen, 3. Vorarbeiten und Zuarbeiten leisten für die Lektüre der Bibel durch das Volk, 4. die situative Exegese in größere geschichtliche oder ökumenische Perspektiven einordnen.

Wieder ein wertvoller Beitrag ganz eigener Art war das, was Isolde Böhm (nicht verwandt mit Manfred) an Erfahrungen aus der Arbeitswelt erzählte. Es kann atmosphärisch eigentlich hier gar nicht wiedergegeben werden. Isolde Böhm ist ordinierte Theologin, die nach der Hilfsdienstzeit in Berlin vor sechs Jahren ganz einfach angefangen hat, als Verkäuferin im Einzelhandel an den Kühltruhen einer großen Ladenkette zu arbeiten, statt ins Pfarramt zu gehen. "Ich hab mir das überlegt mit der Beruflichkeit des Pfarrers, daß die ein Hindernis ist, und da hab ich mir gedacht, entweder wird ein Buch daraus oder ein Leben ... "Der gebannt lauschende Zuhörer konnte nicht nur einen jungen Menschen erleben, der seine physisch oft schwere Arbeit in einzigartiger Weise von den Tiefenschichten der biblischen Überlieferung, besonders der Psalmen, her deutete, sondern erfuhr auch viel Konkretes und Neues über die Arbeitswirklichkeit von Verkäuferinnen ohne nennenswerte Aufstiegschancen. Auf Fragen hin machte Isolde Böhm deutlich, daß sie ihre Kolleginnen am Arbeitsplatz gar nicht etwa "betreuen" oder gar "bekehren" wollte, sondern mit ihnen befreundet sein und leben will. - Wer sie nicht selbst gehört hat, hat etwas versäumt, was nirgendwo sonst zu hören ist. Wir werden noch weiter darüber nachdenken, was sie meinte: die Bibel nicht auslegen, sondern sprechen lassen (wiederholt), und dann die Wirklichkeit auslegen...

Marie Veit hatte die Aufgabe, mit dem Thema "Die Bibel und der religiöse Sozialismus - heute" Zusammenfassung und Aktualisierung zu leisten. Dazu gehört eine umfassende Aufräumarbeit: Befreiung der Theologie und Bibelauslegung von fragwürdigen Traditionen und scheinbaren religiösen Selbstverständlichkeiten. Die Religion der Schicksalsergebenheit, der Passivität, eine eigentlich stoische Frömmigkeit blockieren die Bibel und haben die Erwartungen an sie in die Gegenrichtung umgeleitet. Der Prüfstein ist dabei das Bild von Gott und vom Menschen. Jeder frage sich: Welches Gottes- und Menschenbild kolportiere ich da? Bedeutet Glauben wirklich: die große

neue Möglichkeit sehen? (Oder im Sündenbewußtsein verharren - siehe Blumhardts Anliegen.) Fordernde Hartnäkkigkeit des Betens statt pseudochristlicher Ergebenheit (falsche Auslegung des "Dein Wille geschehe"!). Stärkung des Schwachen statt Untertänigkeit. Dazu gehört auch, daß die Kirche "für alle da ist, aber nicht für alle in derselben Weise": für die Armen in Solidarität, für die Reichen mit dem Ruf zur Umkehr. Wer Marie Veit kennt, weiß, daß sie in der "Religion der BILD-Zeitung" den Konkurrenten zu benennen versteht, der heute mit dem Evangelium um die Seelen kämpft und dem Leser verspricht, jeder könne "nach oben kommen", "entdeckt werden" oder "seiner Glücksfee begegnen" - wenn nicht in dieser Nummer, dann in der nächsten Woche. Aber auch Konzerne richten Departments für Religion ein, um ihre Akzeptanz bei Kirchen und Christ/inn/en zu optimieren, um an (Des)-Informationskanäle zu gelangen und um Personalentscheidungen in der Kirche mitzubestimmen. Marie Veit: "Wir müßten uns freuen, daß sie solchen Respekt vor uns haben."

Ludwig Metzger Regionalgruppe Darmstadt des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands

STANDORTBESTIMMUNG 1987

Vierzig Jahre nach dem "Darmstädter Wort" des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland

I.

Vierzig Jahre nach dem Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes, dem "Darmstädter Wort", müssen wir bekennen, daß wir den Ruf von damals zur Umkehr überhört, verdrängt oder nur halbherzig zur Kenntnis genommen haben. Wir haben die uns in Jesus Christus von Gott angebotene Chance des Neuanfanges nach 1945 verpaßt.

In den letzten vierzig Jahren gab es weit über einhundert Kriege auf Erden, die Militärpotentiale in West und Ost haben gigantische Ausmaße erreicht, die Militarisierungen unserer Gesellschaften haben zugenommen, ebenso die Ungerechtigkeiten in der Welt; die Zahl der Hungernden auf der Erde ist größer als je zuvor in der Geschichte. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in allen Tei-

len der Erde sind an der Tagesordnung, Feindbilder konnten nicht überwunden werden, sie haben sich in jüngster Zeit eher verstärkt: Ein wieder aufblühender Antikommunismus dient im Westen zur Rechtfertigung immer höherer Rüstungsausgaben, ein sich ausbreitender Ausländerhaß geht einher mit einem neuen Nationalismus, und ein neu aufkeimender Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland wagt es immer unverhohlener, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. All diesen Tendenzen sind wir als Christinnen und Christen nicht oder nicht energisch genug entgegengetreten, weil wir noch zu tief in "gottlosen Bindungen dieser Welt" (siehe die zweite These der "Barmer Theologischen Erklärung" von 1934) verstrickt sind und unser Anteil an Macht und Reichtum der westlichen Industrienationen uns geblendet und unfrei gemacht hat.

II.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges markierte für das deutsche Volk das Ende eines schrecklichen und unheilvollen . Weges. Eine gründliche und schonungslose Analyse dieses verkehrten Weges war angezeigt, Umkehr geboten. Diesem Ziel diente das "Darmstädter Wort" von 1947. Unsere Situation heute unterscheidet sich grundlegend von der im Jahre 1947. Deutschland ist geteilt, die beiden deutschen Staaten sind in sich gegenüberstehende verschiedene Machtblöcke integriert. Wir müssen daher die politische Situation weltweit betrachten. Wir stehen auch nicht wie damals am Ende eines verkehrten Weges, sondern wir befinden uns mitten auf dem Marsch in neue Verbrechen und neues Unheit. Unsere Situation ist eher mit der von 1933 oder der von 1939 zu vergleichen als mit der von 1945.

Die lebensfeindlichen Tendenzen haben sich in den letzten vierzig Jahren in einem Maße verstärkt, daß die Schöpfung und Menschheit in ihrer Gesamtheit bedroht sind. Augenblicklich kommt aber auf dem Weg in die Katastrophe eine weitere neue Dimension hinzu: Die bisherigen Schlüsselindustrien des industriellen Wachstums (Auto- und Stahlindustrie, chemische, pharmazeutische Industrie) haben eine gewisse Sättigungsgrenze des Bedarfs erreicht. Der Kapitalismus braucht einen neuen Entwicklungsschub, der von neuen Technologien als Basisinnovationen ausgehen soll. Dazu eignen sich besonders die Gentechnologie, die Mikroelektronik (samt Informatik) und neue Materialtechnologien, die vor allem für die Expansion der Weltraumindustrie gebracht werden. Zur Durchsetzung dieser

neuen Technologien ist es notwendig, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, eine "neue materielle Basis" zu schaffen.

Diesem Ziel dienen der zur Zeit in fast allen führenden Industrienationen zu beobachtende Abbau sozialer Leistungen, die bewußte Inkaufnahme vermehrter Arbeitslosigkeit, die Umverteilung der Einkommen von unten nach oben (verbunden mit einer Schwächung der traditionellen Arbeiterschaft und ihrer Streikfähigkeit), die Förderung einer immer ausgeprägteren Konsumhaltung der Menschen durch Ausweitung des Medienangebotes (besonders des Fernsehangebotes) und die Installierung immer perfekterer Überwachungssysteme zur Kontrolle der Bevölkerung und zur Unterdrückung wirksamer Opposition.

Mit der Präparierung der Gesellschaft einher geht ein Zynismus, der nahezu vor nichts mehr zurückschreckt: Menschen werden nicht mehr nur ausgebeutet wie bisher, jetzt geht es um die Veränderung des Menschen selbst. In aller Öffentlichkeit werden Bestrebungen laut (und gelegentlich auch schon in die Tat umgesetzt), die menschliche Erbsubstanz zu verändern. Um die Grenzen des Machbaren im Dienst des Wachstums und des Profits hinauszuschieben, stehen wir augenblicklich am Beginn einer neuen Phase der physischen Manipulation des Menschen. Diese hat ihre Entsprechung in der zunehmenden psychischen Manipulation durch Medien, Überwachungssysteme und die sich ausweitende Freizeitindustrie. Eine Bastion des klassischen Liberalismus, der Schutz der Privatsphäre, fällt dahin.

Auf die Menschen in der "Dritten Welt" und die Armen im eigenen Land wird immer weniger Rücksicht genommen. Auf ihre Kosten werden die Militärausgaben, insbesondere für Weltraumwaffen (SDI), ins Unermeßliche gesteigert. Den treibenden Kräften dieser Entwicklung ist es gleichgültig, wieviele Menschen verhungern, wenn es um die angebliche "Sicherheit" geht; ihnen ist es gleichgültig, was kommenden Generationen angesichts atomarer und chemischer Verseuchung bevorsteht, wenn es um die Stabilisierung und Ausweitung wirtschaftlicher Macht geht; ihnen ist es gleichgültig, ob sich das Risiko der Zerstörung der gesamten Schöpfung erhöht, wenn es um die eigenen Vorteile im Wettrüsten geht.

Vierzig Jahre nach der Veröffentlichung des "Darmstädter Wortes" müssen wir uns heute fragen: wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen trotz der Erfahrungen der Nazizeit? Und wie kommt es, daß wir Christinnen und Christen dem gar nicht oder nicht deutlich genug widerstanden haben trotz des Evangeliums, das die Liebe Gottes und die Überwindung des Todes in Jesus Christus bezeugt?

Aufgrund der sich heute immer stärker abzeichnenden mörderischen Konsequenzen eines verkehrten Weges, vor denen wir stehen, erkennen wir noch deutlicher als vor vierzig Jahren, wie weit die Ursachen für die heutige Misere in die Geschichte zurückreichen, und wie tief die Wurzeln unseres eigenen Denkens und Handelns in dieser Geschichte verankert sind. Die christliche Kirche hat den Weg stark mitgeprägt, der zur heutigen Weltsituation geführt hat. Als heutige Christinnen und Christen haben wir dieses Erbe keineswegs abgestreift. Es gibt daher kein glaubwürdiges Schuldbekenntnis mehr ohne den schmerzlichen Prozeß der schonungslosen Aufdeckung der unheilvollen Irrwege unserer eigenen Vergangenheit als Christenheit, die noch mehr belastende Gegenwart ist. Wir stehen in einer Solidargemeinschaft der Schuld mit der Christenheit vergangener Generationen. Daher müssen wir heute das Schuldbekenntnis des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1947 nicht nur wiederholen, sondern auch durch neue Einsichten erweitern und zuspitzen.

III.

- l. Wir sind in die Irre gegangen, als wir dem Kapitalismus ideologisch den Weg bereiteten, anstatt seine Gefahren zu erkennen und uns auf die Seite der ausgebeuteten Arbeiterschaft zu stellen. Wir setzen diesen Irrweg heute fort, wenn wir uns nicht aus unseren gesellschaftlichen Verflechtungen lösen, uns einsetzen für Gerechtigkeit auf Erden und Partei ergreifen für die Unterdrückten und Entrechteten, für die Armen in der "Dritten Welt" und bei uns. Kapitalismus ist Struktur gewordener Egoismus. Er ist mit dem Evangelium unvereinbar.
- 2. Wir sind in die Irre gegangen, als wir einem unkritischen Fortschrittsglauben huldigten, anstatt die mit unserer Geschöpflichkeit gesetzten Grenzen zu erkennen. Wir setzen diesen Irrweg fort, wenn wir nicht die Herstellung, Bereitstellung und den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln als eine christliche und humane Möglichkeit bedingungslos ablehnen, wenn wir nicht den Glauben an die Be-

herrschbarkeit moderner Technik als gottlosen Größenwahn entlarven, wenn wir daher nicht den sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie anstreben, wenn wir nicht die rücksichtslose Ausbeutung der Natur beenden und einen "sanften Weg" von Naturwissenschaft, Technik und Industrie suchen, der stärker als bisher in Einklang mit der Natur steht.

Die moderne Naturwissenschaft seit dem Ende des 16. Jahrhunderts betrachtet die Natur als Objekt menschlicher Bearbeitung und Beherrschung. Die Maschine wird zum Modell der Welterklärung. Diese Betrachtungsweise bildet den idealen Nährboden für die Entwicklung und Ausbreitung von Industrialismus und Kapitalismus. Macht- und Gewinnstreben gehen eine Ehe ein, deren extreme Gefahren heute vor allem in der Atomenergie und der Gentechnologie sichtbar werden.

3. Wir sind in die Irre gegangen, indem wir das Patriarchat als zeitlos gültige Form des menschlichen Zusammenlebens betrachteten. Wir setzen diesen Irrweg fort, wenn wir nicht nach neuen Formen partnerschaftlichen Zusammenlebens unabhängig von Geschlecht, Rasse und Klasse suchen, welches Teilhabe an der Gemeinschaft und Partizipation an deren Aufgaben und Entscheidungen ermöglicht.

Die Bibel ist zwar unter patriarchalischen Verhältnissen entstanden, deren Auswirkungen in ihr ihren Niederschlag finden. Durch die Offenbarung der Liebe Gottes, die Einwohnung seines Geistes in uns und unter uns und in der Schöpfung und durch die Verheißung kommender Gerechtigkeit und kommenden Friedens in dem von menschlicher Herrschaft freien Reich Gottes weist die Bibel aber weit über das Patriarchat hinaus in eine geschwisterliche Gesellschaft. Diese biblischen Impulse wurden in ihr Gegenteil verkehrt, wo allein der Mann als Gottes Ebenbild betrachtet wurde, und die Frauen ihrer Menschenwürde beraubt, unterdrückt, verfolgt oder gar umgebracht wurden.

In den letzten vierhundert Jahren setzte sich in dem vom Christentum geprägten Teil der Erde eine einseitig männlich bestimmte Gesellschaftsentwicklung durch, gekennzeichnet durch die Vorherrschaft instrumenteller Vernunft und zweckrationalen Denkens, durch die Aufspaltung der Welt in isolierte Teilbereiche und den Drang zur Welteroberung durch Kriege und mit Hilfe der Technik. Machbarkeitswahn, Militarismus, Industrialismus, Kapitalismus,

Vergötzung der Arbeit als ausschließlichem Lebensinhalt und Verdrängung von Leid und Tod waren die Folge.

Wir sind in die Irre gegangen, als wir den Bund Gottes mit seinem Volk Israel durch das Kommen Jesu Christi als beendet betrachteten und die Kirche als das auserwählte Volk an seine Stelle setzten. Wir setzen diesen Irrweg fort, wenn wir nicht erkennen, daß der schon früh im Christentum sich ausbreitende Antijudaismus dem später aufkommenden Antisemitismus den Boden bereitet hat. die Christenheit somit Mitschuld trägt an der Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Wir setzen diesen Irrweg fort, wenn wir nicht die konstitutive Bedeutung Israels für die christliche Gemeinde erkennen und anerkennen. In dem Juden Jesus von Nazareth, dem Messias und Heiland der Welt. ist der Zusammenhang der christlichen Gemeinde mit der jüdischen Gemeinde begründet. In der Bergpredigt hat Jesus - in Fortführung der Botschaft der Propheten Israels - alle, die in seiner Nachfolge leben wollen, an den Ort der Bedrückten, Entrechteten und Elenden gewiesen und die Privilegiengesellschaft kritisiert. Die Kirche hat sich schon recht früh von diesem Zusammenhang mit den Traditionen Israels abzusetzen versucht und ist dem Antijudaismus verfallen. Der Antijudaismus war eine Ursache für die zunehmende Orientierung der Kirche an den Mächtigen in der Gesellschaft. Diese Machtorientierung der Kirche, wie sie sich vor allem seit der Bestimmung des Christentums zur Staatsreligion im 4. Jahrhundert nach Christus offenbarte, hat das bestehende Patriarchat verhärtet und die Christenheit unfähig gemacht, Krieg in der Tiefe seiner Gottlosigkeit zu erkennen, die "Machtförmigkeit" (C.F. von Weizsäcker) der modernen Naturwissenschaften zu entlarven und der keine Grenzen der Geschöpflichkeit anerkennenden Vorgehensweise von Industrialismus und Kapitalismus entgegenzutreten.

Dieser Antijudaismus hatte aber noch eine weitere schwerwiegende Folge für die Christenheit: Mit der Distanzierung von Israel ging in der Christenheit vielfach die biblische Sehweise verloren, die Gott und Welt, Heilsgeschichte und Weltgeschichte nicht auseinanderreißt, sondern zusammenhält. Die Gottheit Jesu wurde in der Kirche im Laufe der Geschichte immer einseitiger hervorgehoben, seine Menschheit immer weniger als Realität ernst genommen. Die Menschheit Jesu wirklich wahrnehmen

können wir auch nur, wenn wir auch sein Judesein wahrnehmen und bedenken. Stattdessen wurde die göttliche Gestalt Jesu dem Volk Israel als dessen Gegensatz gegenübergestellt. Diese Geringschätzung des Judeseins Jesu begünstigte in der Christenheit apolitische Tendenzen zur Weltflucht und zum Rückzug in die Innerlichkeit ebenso wie ein Verständnis der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre. das eine Eigengesetzlichkeit des weltlichen Reiches postulierte. Diese Verbannung Jesu aus der Wirklichkeit des Lebens führte zur Trennung von Diesseits und Jenseits, war "Einfallstor" für den unbiblischen Dualismus von Leib und Seele (mit der Leibfeindlichkeit kirchlicher Lehre und Praxis im Gefolge) und hat ihre Spuren hinterlassen bis in die heutige Industriegesellschaft mit ihrer extremen Arbeitsteilung, ihrer Spaltung von Kopf- und Handarbeit, von Planung und Ausführung. Wo Gott und Welt nicht mehr zusammengesehen werden, geht auch die Ganzheitlichkeit menschlicher Lebensvollzüge verloren.

IV.

Die vielfache Verstrickung der Christenheit in Unrecht, Unwahrheit, Lieblosigkeit und lebensfeindliche Tendenzen heutiger Wirklichkeit, deren Wurzeln weit in die Vergangenheit zurückreichen, ist eine gewaltige Macht, die uns gefangen hält. Es wäre töricht, diese Macht zu unterschätzen. Aber noch viel gewaltiger ist die lebensbejahende Macht des Geistes Gottes. Wir sind dazu aufgerufen, ihr zu vertrauen und uns loszureißen aus den "gottlosen Bindungen dieser Welt". Dazu gehört, daß wir den Dialog mit dem Judentum suchen. Dazu gehört, daß wir Widerstand leisten gegen Unterdrückung, Gewalt und Zerstörung, gegen die Instrumentalisierung von Mensch und Natur, und daß wir uns auf die Seite der Ausgebeuteten und Entrechteten stellen.

Zeichen der Hoffnung sind alle Befreiungsbewegungen innerhalb und außerhalb der Christenheit, so die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die ökologische Bewegung, insbesondere aber auch die in einer Theologie der Befreiung sich artikulierenden Basisgemeinden in der "Dritten Welt".

Auch wir sind dazu gerufen, Gemeindebildung von unten her zu betreiben, indem wir Unterdrückung, Ausbeutung und Vergewaltigung, Verzweiflung, Not und Elend als Ort der Begegnung mit Jesus Christus begreifen, der in diese Entfremdungen und Dunkelheiten eingegangen ist, um alle Kreatur zu befreien.

Es ist die Zeit gekommen, daß alle, die diesen Ruf hören, sich sammeln und sich über konkrete Schritte des Friedens und der Gerechtigkeit, über Schritte hin zu einem genossenschaftlichen und mitgeschöpflich-geschwisterlichen Leben in Gottes Schöpfung verständigen.

TERMINE

"Die Macht der Religion in der Politik"

Der Beitrag Paul Tillichs zur Machtfrage im Verhältnis zwischen christlicher Religion und Politik (Referenten u.a. Arnold Pfeiffer, Yorick Spiegel, Zdenek Kučera)
Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 26.bis 28.
Juni 1987.
Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/81-0.

"Christen in der Revolution von Nicaragua"
Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten
Deutschlands vom 23. bis 25. Oktober 1987 in Leichlingen/
Naturfreundehaus (AB-Ausfahrt Opladen). Referenten:
Albert Luther(Strasbourg), Franz Gundacker(Wien), Dieter
Eich(Düsseldorf). Theater Nahua (Wuppertal).
Anmeldung: Erhard Griese, Lore-Agnes-Weg 15, 4000 Düsseldorf 13.

| 1 | ermit bitte ich um Zusendung Eines Probeheftes des Bundesorgans "Christ und Sozialist" |
|---|--|
| | Der Broschüre "Der Bund der Religiösen Sozialisten Dentschlands" (bitte DM 1,50 in Briefmarken beilegen) |
| 1 | Einer Kontaktanschrift Hiermit abonniere ich "Christ und Sozialist" ab Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft im "Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V." |
| | Name und Anschrift |
| | An Udo Fleige Schwärzlocher Str. 52 7400 Tübingen |
| | , den |
| | |

AUTORENVERZEICHNIS

Udo Fleige, ev. Religionspädagoge, Schwärzlocher Str. 62, 7400 Tübingen.

Erhard Griese, Dr. theol., ev. Berufsschulpfarrer, Lore-Agnes-Weg 15, 4000 Düsseldorf 13.

Ludwig Metzger, Prof. f. ev. Theol. und Gemeinde-Pädagogik, Villastr. 9 a, 6104 Seeheim-Jugenheim.

Erika Solle, Volkshochschullehrerin, Benrather Schloßallee 36, 4000 Düsseldorf 13.

Miguel-Ernesto Vijil Icaza, Ministerium für Wohnungsbau, Managua, Nicaragua.



